

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Einzelnen Preis die 3 geprägte Seiten 40 Pfsg. Telefon Nr. 585

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schlüsse der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen usw. sind an die Geschäftsstelle: Seitenstraße 19 zu richten

Hymne der Arbeit.

Arbeit! Arbeit! Segensquelle;
Heil und Ehre deiner Kraft;
Die aus Finsternis die Helle,
Edles aus Gemeinem schafft!
Aus dem Wirken quillt das Rechte,
Aus dem Schaffen leuchtet das Edle
Wehe, wenn die Tat erschlafft!

Zu der müßigen Stunde Gähnen
Stirbt das letzte Fünfchen Mut,
Träge in den kraulen Venen
Schleicht das böse schwarze Blut.
Dieser Gram umhöllt die Stirne,
Wahnfinn besteht im Gehirne,
Bis das Herz im Tode ruht.

Mensch, was dich auch immer quäle,
Arbeit ist das Zauberwort,
Arbeit ist des Glückes Seele,
Arbeit ist des Friedens Hort!
Deine Pulse schlagen schneller,
Deine Blide werden heller,
Und dein Herz pocht mutter fort.

Völker! Läßt das Durren, klagen!
Über Göhndienerei;
Wollt Ihr einen Löwen schlagen,
Schlagt den Müßiggang entzwei.
Nur die Arbeit kann erretten,
Nur die Arbeit sprengt die Ketten,
Arbeit macht die Völker frei!

Helmut Seidel.

Gedanken und Theorien über Handels- und Wirtschaftsfragen.

III.

Mittel zur Wohlveranlagung.

Die Ausichten über die Ursachen der Wirtschafts- und Handelskrise sind verschieden. Das ist den vor ausgegangenen Darlegungen zu entnehmen. Nach den jeweiligen Ursachen einer Krise richten sich die Mittel, sie abzuwenden. Ist Krieg die Ursache, so muß diese beseitigt, der Krieg eingestellt oder von vornherein verhindert werden. Wie schwer das zu bewerkstelligen ist bei den gegebenen politischen Verhältnissen, leuchtet ein. Ebenso verhält es sich bei einer Missernte als Ursache einer Krise. Eine solche zu missernten, dazu wäre ein Mittel die Aufzettelung von Vorräten, sowie der Austausch solcher von Land zu Land, wie er heute schon infolge der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse sich ermöglichen läßt und vollzieht. Neben das muß der anzunehmenden Vorrate fehlt jedoch im voraus jeder Maßstab. Von woem und wo sie aufgespeichert werden sollen, darüber könnte vielleicht eine Verständigung unter den einzelnen Ländern und Weltteilen erzielt werden, ebenso über die Deckung der Kosten dieses Verfahrens.

Das Verhältnis der Produktion und Konsumtion entsprechend zu regeln, ist, wie schon betont, eine schwierige, nie ganz zu lösende Aufgabe. In einem geschlossenen übersichtlichen Wirtschaftsgebiete wäre wohl an die Möglichkeit eines Erfolges zu glauben, nicht aber im Gebiete der Weltwirtschaft. Ganz abgesehen von der Verschiedenheit der Völker des Erdalls, ihrer verschiedenen, sich ändernden und fort entwickelnden Bedürfnisse, fehlt es auch an der nötigen Übersicht über die Produktionsverfahren, und an den Machtmitteln zwecks Einflussnahme auf diese. Eine gewisse Regelung der Produktion läßt sich nur bewerkstelligen, wenn der Bedarf der Gesamtheit un gefähr feststeht. Hier kann nun zur Erreichung dieses Zweckes ein Mittel ausgebaut und angewendet werden, welches der Weltwirtschaft nunmehr ungewöhnliche Weise geleistet hat:

Die Statistik.

In den modernen Kulturstaten findet seit langem eine zahlenmäßige Feststellung statt von Einzelfällen und eine zusammenfassende Darstellung derselben, wie auch Erhebungen und Untersuchungen über Massenerscheinungen. Seit dem Jahre 1880 hat das deutsche Reich auch handelsstatistische Aufzeichnungen.

Aus den Veröffentlichungen des seit 1872 bestehenden Kaiserlichen Statistischen Amtes erhalten wir Aufschluß über alle möglichen Verhältnisse des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Es finden sich fortlaufende Aufzählungen und Notierungen über die Bevölkerungszahl, Bevölkerungsbewegung, Rich- und Gewerbeproduktion, Zahl und Anfang der gewerblichen Betriebe und der dabei beschäftigten Personen, über den Warenaustausch mit dem Auslande. Aehnliche Weise liefern die statistischen Berichte von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Russland usw. jeweils über die Verhältnisse des eigenen Landes.

Dazu kommen Veröffentlichungen ausgesandter Expeditionen, privater Forscher, Kaufleute usw. So wertvoll all diese Arbeiten und Beiträge für die Beurteilung insbesondere wirtschaftlicher Verhältnisse sind, es mangelt ihnen doch Einheitlichkeit und Universalität. Es wäre zunächst darauf hinzuweisen, daß die in den einzelnen Staaten zur Anwendung kommenden statistischen Methoden in eine gewisse Vereinbarkeit gebracht werden. Dadurch würde ein Vergleich der statistischen Ergebnisse der verschiedenen Staaten ermöglicht und die Überwachung der internationalen Warenbewegung erleichtert. Von der größten Bedeutung für die Volkswirtschaft erscheint eine universelle, alles umfassende Handelsstatistik, eine Statistik aller Nationen über Bevölkerungsbewegung, Produktion, Handel usw. Auf dem Wege internationaler Vereinbarungen erreicht dieses Ziel, wenn auch mit sehr schwer, ja doch erreichbar. Eine dergestalt ausgedehnte und umfassende Statistik würde eine ungefähre Übersicht über den Bedarf, über den Warenaustausch und die Produktion bieten und so eine gewisse Regelung möglich machen. Eine genaue Landwirtschaftsstatistik, überall durchgeführte Saatenstands- und Ernteschätzungen müssen dazu beitragen, den Einstall von Missernten etwa vorzusehen und die Lebensmittelversorgung zu regeln.

An dieser Stelle soll anerkennend erwähnt werden, daß das deutsche Reich Erkenntnisse geschaffen hat, die den vorhin erhobenen Wünschen entgegenkommen. Seit dem Jahre 1900 ist nämlich vom Reichsamtsamt des Innern ein umfassender Nachrichtendienst eingerichtet worden, mit dem Zwecke, eine bessere Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich jener des Auslandes, den Interessenten zu übermitteln. Dazu dienen die „Nachrichten für Handel und Industrie“. Es dürfte wohl kaum ein Land der Erde von irgendwelcher wirtschaftlicher Bedeutung geben, das nicht schon in diesem Organ behandelt worden wäre.

Was nicht aber die genaueste Statistik über die wirtschaftlichen Verhältnisse eines jeden Landes, wenn sie nicht beachtet und einzelne Länder und deren Industrien aus Konkurrenzgründen doch Überproduktion betreiben? Es liegt nahe, zu verlangen, daß dann die Regierungen der einzelnen Staaten auf eine planmäßige Beeinflussung des Wirtschaftslebens und der Produktion hinarbeiten. Durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik kann jeder Staat die Konkurrenz des andern mehr oder weniger niederschalten und auch im eigenen Lande regulierend wirken. Eine solche Einnahme ist kaum erforderlich sein, aber sowohl auf die Konsumenten als die Produzenten recht bedenkliche Wirkungen haben und zu einer übermäßigen hemmenden und verteuerten Einschränkung des Staates in die Produktion führen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man nur wünschen, daß die Produktion von den Produzenten selbst geregelt wird. Es gibt angesehene Nationalökonomien, welche eine solche Regelung der Warenproduktion als das allein richtige und wahre halten. So war im Jahre 1898

hat Professor Guido Brentano in München gesagt: „In einem populärwissenschaftlichen Vortrages ausgesprochen, daß weder sozialdemokratische noch monarchische Beamte jemals imstande sein werden, Fabriken und Unternehmungen so wie notwendig zu leiten. Den Krisen vorzubeugen, die Produktion zu regeln, können bestimmt werden im Zusammenschluß aller Produzenten. Daher sei es falsch, den Unternehmerverbänden, Kartells, Kartellen usw. Opposition zu machen.“

Die Kartelle

müssten lediglich hinsichtlich ihrer Vertäge, Preise der Ware und der gezahlten Löhne, durch die Handelsministerien kontrolliert werden. Neben dem individuellen Eigentum der Industriellen werde die freiheitliche Entwicklung und der wirtschaftliche Schwachen geschützt und durch sie die Regelung zwischen Angestellt und Nachfrage in der schärfsten Art misslingen. Brentano verfehlte dabei nicht, auf die Missbräuche der Kartelle, unwillige Preissteigerung usw. zu weisen. Aber, fragt er, sind jene Missbräuche denn wirklich unüberwindlich? Das eben verflossene Jahr ist in dieser Beziehung ganz besonders beachtenswert mit dem großen englischen Kohlenkrieg. Eine große Überproduktion hatte stattgefunden, die Kohlenpreise waren gesunken, die Grubenbesitzer wollten die Löhne herabsetzen, um sich schadlos zu halten, die Arbeiter aber wollten die herabgesetzten Löhne nicht arbeiten, da diese unzureichend seien zum Unterhalt. Und so wiederholten sie ihren Vorschlag, die Grubenbesitzer möchten doch vermöge ihrer Koalition die Produktion an den Bedarf anpassen, um so die Preise auf einer Höhe zu halten, die ihnen ausreichenden Gewinn und den Arbeitern menschenwürdigen Lohn verschaffen. So lange der Vorschlag von den Arbeitern ausging, wurde er als Phantasmagorie (Trugbild, Schwundel) verachtet, aber diese Beurteilung hörte auf, als gegen Ende des Aufstandes einer der größten Grubenbesitzer Englands, Sir George Elliot, als das einzige Mittel gegen die Widerfecht einer strikt ein Konsortium sämtlicher englischer Grubenbesitzer bezeichnete, das durch plausibiles Anpassen an den Bedarf einer Überproduktion und ihrer Folgen vorbeugen sollte. Da er aber die bestehenden Missbräuche kannte, brachte er gleichzeitig Maßregeln hinzugeben in Vorschlag. Um das Publikum vor Missverständnis durch übermäßige Preissteigerung zu bewahren, sollte keine Preissteigerung über eine gewisse Grenze ohne Genehmigung des Handelsministeriums gestanden, und um die Interessen der Arbeiter zur Geltung zu bringen, sollten die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft an der Festsetzung aller Arbeitsbedingungen teilnehmen.

Prof. Brentano fügte dem bei: „Vergegenwärtigen wir uns aber einmal ein Kartell, auf solcher Basis organisiert, so zeigt es uns die unstrittigsten Vorteile vor allen staats-sozialistischen und sozialdemokratischen Problemen. Bei solcher Kartellierung der Industriezweige bleibt das Selbstinteresse der Produzenten und ihre Wirtschaft für eigenen Gewinn oder Verlust nach wie vor die Grundlage der Wirtschaftsorganisation; nicht etwa besoldeten Beamten wird die Produktion überantwortet, es besteht auch nicht die Gefahr, daß die Volkswirtschaft in routinemäßigem Schleuderlauf denfaßbar oder schlimmeren Missständen als bisher entgegen geht; sodann wird den anderen Grundbedingungen unserer heutigen Wirtschaftsorganisation, der Verbesserung unserer Betriebe in die Weltwirtschaft, Richtung gegeben; sei es durch internationale Abmachungen, sei es durch Sonderes Deckungssystem der Produktionskosten; es werden die Lebensbedingungen unserer auf die Ausfuhr ausgewiesenen Bevölkerung berücksichtigt.“

Professor Adolf Wagner hat sich vor einiger Zeit in ähnlicher Weise ausgelassen. Er sagte: „Die regelmäßige Produktion ist tatsächlich vom Übel; dieselbe wird durch die Kartelle zu bekämpfen gesucht, und zwar mit nicht zu bestreitendem Erfolge. Ein weiterer Vorteil der Kartelle ist für die Arbeiter besonders wichtig. Ist Produktion und Absatz regelmäßiger, sind die Preisabschüttungen geringer, so haben wir dann eine regelmäßige Beschäftigung für die Arbeit.“

regelmäßige Einnahmen verlieren. Die Wirtschaftsverhältnisse der Kartelle einzudämmen werden andererseits

Vereinigungen der Konsumenten

als geeignet erachtet. Wilhelm Berthrom-Berlin sagt in einem Artikel in der wissenschaftlichen Beilage der „Allg. Rtg.“ vom 28. Dezember 1897: Es wird niemals einen stärkeren Damm gegen etwaige herrschergünstige Kartellierungen Produktion geben, als ein gleich starkes Syndikat von Konsumentvereinen, welches in der Möglichkeit der eigenen Produktion ein unübersteckbares Mittel besteht, jedes in der Diktatur seiner Preise über die gerechten Grenzen hinausgehende Unternehmenskartell in seine Grenzen zurück zu weisen. In ähnlicher Weise äußerten sich auch andere Volkswirtschaftler. Prof. B. John, Annaburg, z. B. bekämpfte in einem 1900 veröffentlichten Vortrage die Kartelle und Minge der Produzenten; er sieht die künftige Entwicklung darin, daß Konsumentengenossenschaften selbst die Produktion leisten.

Auf der Generalsversammlung des Vereins für Sozialpolitik, Mannheim 1905, hat Geheimrat Kirschhoff, einer der größten Unternehmer Deutschlands, ebenfalls der Gruppe der Abnehmer, Konsumenten, die Kartellierung angeraten. Einer dritten Gruppe, welcher der englische Unternehmer Elliot volle Berechtigkeit widersahen ließ, (Anteilnahme der Arbeiterorganisationen bei Feststellung der Arbeitsbedingungen) wollte Kirschhoff das Recht, sich zu kartellieren, sich zu vereinigen, nicht zuerkennen, nämlich: den Arbeitern. Professor Wagner hat recht, wenn er sagt: Man muß auch der Gruppe der Arbeiter zugestehen, daß sie sich organisieren darf, daß, wie bei der Produktion Angebot und Nachfrage kartelliert sind, wie die Nachfrage nach Arbeit kartelliert ist, sich auch das Angebot der Arbeitskraft organisieren soll. Das sind auch die Forderungen aller fortgeschrittenen Sozialpolitiker, schon aus dem Grunde, weil starke Arbeiterorganisationen an sich schon produktionsregelnd und Preisentwickelnd wirken.

S. P.

Arbeitslosenversicherung und Scharfmachertum.

Wingesichts der vermehrten Arbeitslosigkeit infolge der gegenwärtigen Krisis erschallt der Ruf nach einer „...“ gegen die folgenden vierzehn Weißer mit großem Nachdruck. Durch die Not der Tatsachen und den Druck der öffentlichen Meinung können die maßgebenden Faktoren — Reich, Staat und Gemeinde — auf die Danke nicht daran vorherkommen, der Frage ernstlich näher zu treten. Verschiedene Städte, wie Straßburg, Köln u. s. w. haben schon praktische Versuche in der Richtung gemacht und für den Bereich ihrer Gemeinden eine — wenn auch noch unvollständige — Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geschaffen. In der vorigen Nummer dieser Zeitung wurde mitgeteilt, daß auch jetzt die bayerische Staatsregierung dem Problem näher getreten ist. Der Stein ist im Rollen und wird nicht mehr zur Ruhe kommen, bis die Frage der Lösung näher gebracht ist.

Diese Bestrebungen haben aber, wie alle sozialen Maßnahmen zum besten der Arbeiterbevölkerung, die Scharfmacher mobil gemacht, die sich jetzt mit aller Wucht gegen den Gedanken einer durchgreifenden Regelung der Arbeitslosenfrage zur Wehr setzen. Wie die deutschen Scharfmacher auch nur oberflächlich kennt, wird darüber kaum verwundert sein. Weiterdrückende Unternehmensherrschaften zeigen allerdings ein, daß trotz allem etwas in dieser brennenden Frage geschehen wird und geschehen muß. Deshalb suchen sie als kluge Leute vorzubauen und die Entwicklung der Dinge in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wenn schon, denn schon; ist die Arbeitslosenversicherung nun einmal nicht abzuweichen, dann soll sie wenigstens so beschaffen sein, daß auch die Unternehmer ihr Stüt-

zen haben können. Das ist der Gedankengang der Scharfmacher, der in einem schon in voriger Nummer erwähnten Artikel der „Deutschland Arbeiter-Zeitung“ Nr. 46 drastisch zum Ausdruck kommt. Im Anschluß an eine Kritik des bayrischen Vorgehens gibt das Unternehmerorgan nochmals seine grundätzliche Stellung zur Frage der Arbeitslosenversicherung in folgenden Ausführungen wieder:

„Doch die Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur zeitweise die Arbeitsgelegenheit mehr oder minder beeinträchtigen, wird niemand leugnen. Und ebenso steht es fest, daß ein großer Teil der von einer solchen Veränderung der Arbeitsgelegenheit betroffenen Arbeiter nicht imstande ist, sich an seinem verzeitlichen Aufenthaltsort aus eigener Kraft während der ungewöhnlichen Pause zu erhalten. So stehen diese Elemente bisher entweder der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last, oder sie bezogen, falls sie irgend einer Organisation angehören, von dieser die nötigsten Existenzmittel. Die erste Eventualität kann als ein befriedigender Zustand sicher nicht gelten. Was dagegen den zweiten Fall anlangt, so wird die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung unfehlbar dahin führen, daß die Arbeiter mehr und mehr den Gewerkschaften beitreten, und hieraus wieder werden den Arbeitgebern allenthald Schwerlasten erwachsen, weil mit der geringeren Machtfülle der Gewerkschaften selbstverständlich auch die Streiklust zunimmt. Ein Ausweg aus diesem Odeon wäre zum darin zu erblicken, daß einerseits die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ganz und gar auf die Unterstützung durch ihre Organisationen verzichten werden, doch aber für die bisher nichtorganisierten Arbeiter behörlicherseits Zwangsparkassen errichtet werden, aus denen sie erst dann Emolumente zu beziehen haben, wenn es sich zeigt, daß sie in der Tat nüchtern Arbeitsgelegenheiten finden können. Nicht ausgeschlossen soll bleiben, daß aus Staatsmitteln gewisse Beiträge zur Schaffung der für die Kassen nötigen Unterlagen einkommen ausgegeben werden. Unter keinen Umständen aber darf es dazu kommen, daß man die Arbeitgeber und die nichtbeteiligten Bevölkerungskreise zu besteuern in Aussicht nimmt. F. f. diese Art würden zum ersten die Arbeiterverbände sich gezwungen sehen, den Eigentum ihrer Einnahmen zu karitativen Zwecken, anstatt wie bisher zu Streizwecken zu verwenden. Zum zweiten würde die Leitung der ländlichen Arbeiter zur Abwanderung in die Städte durch die Bestenerang seitens der Zwangsparkassen sicherlich Anbruch geschaffen. Und zum dritten wäre hiermit auch eine Handhabe für die Überredung der versicherten Arbeiter dorthin geboten, wo sich dauernd Arbeit und Gewerkschaften vereinigt machen; vor allem also auf dem flachen Lande. Schon wiederholt haben wir darauf hervorgehoben, daß von einer „Arbeitslosigkeit“ im eigentlichen Sinne des Wortes so lange nicht die Rede sein kann und darüber, daß für den deutschen Arbeiter irgendwo im Reich noch regebrochene Arbeitsgelegenheit findet.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ muß also zunächst selbst eingestehen, daß der bisherige Zustand nicht als ein befriedigendes gelten kann. Aber — und da kommt sofort wieder die Abneigung und Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen zum Vorschein — die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung würde dahin führen, daß die Arbeiter noch mehr den Organisationen beitreten, und das kostet allen Scharfmachern ein Grauen ein. „Machtfülle der Gewerkschaften“ würde steigen, „Streiklust“ selbstverständlich zunehmen, so behauptet das Sprachrohr der deutschen Arbeitgeberverbände. Diese Leute haben die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich studiert, sonst könnten und müßten sie wissen, daß mit der zunehmenden Machtfülle der Gewerkschaften auch die Verantwortung wächst und Streiks erfahrungsgemäß seitener werden. Die englische Gewerkschaftsbewegung wie auch diejenigen Gewerbezweige Deutschlands, in denen die Arbeiter heute schon zum weltweit größten Teile organisiert sind, bilden lebende Beispiele und Beweise dafür.

Schlau berechnete Scharfmacherei aber ist der „Ausweg“, den die „D. A.-Rtg.“ gefunden hat, um die Gewerkschaften als Träger einer Arbeitslosenver-

sicherung auszuschalten. Nach ihrem Vorschlag soll das so gemacht werden: die Mitglieder der Gewerkschaften werden diesen allein ausgeladen, sie die schweren Unorganisierten über soll seitens des Staates gesorgt werden. Dieser Staat soll für diezeitigen Arbeiter, die ihre Standespflichten beehrtlich ver nachlässigen, unorganisiert sind, „Zwangsparkassen“ errichten und — nun kommt das schlimme — auch noch Lebensgaben aus Staatsmitteln für diese Kasse gorie von Arbeitern bewilligen. Räumlich gewisse Beiträge zur Schaffung der für die Kassen nötigen Unterlagen“, wie die „D. A.-Rtg.“ es nennt. Das wäre ja nichts anderes als eine staatliche Belohnung des Indifferenzismus.

Gegen eine solche Zurücksetzung der Organisationen und offenkundliche Bevorzugung der Indifferenzen würden alle organisierten Arbeiter wie alle rechtsdenkenden Staatsbürger einstellig Protest erheben. Das wäre wirklich noch schöner. Aus Staatsmitteln, die doch auch noch aus den Steuern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bestehen, sollen den Unorganisierten auch noch besondere Zuwendungen gemacht werden. Den Gewerkschaften aber sollen möglichst viele Arbeitslose aufgehalten werden — und das Geschäft verstehen die Scharfmacher ja bekanntlich sehr gut — damit sie gezwungen wären, „den Eigentum ihrer Einnahmen zu charitativem Zwecken aus statt wie bisher zu Streizwecken zu verwenden“. Eine Arbeitslosenversicherung nach dem Plane der „D. A.-Rtg.“ sollte somit nicht nur auf eine Ausschaltung der Gewerkschaften, sondern auch noch auf eine sinngänzliche Schädigung derselben hinzu laufen. Ein feiner Plan, der dem Erfindungsgeist des Scharfmachertums alle Ehre macht.

Nun sind die Verhältnisse ja so gelagert, daß diese Scharfmacherpunkte vorerst eben nur „Pläne“ sind, die wenig Aussicht auf Verwirklichung haben. Aber es wäre falsch, wenn die Arbeiter untätig blieben, und den Einfluß des Scharfmachertums unterschätzen würden. Wir haben die Pflicht, in dieser wichtigen Frage, auf dem Posten zu sein und unsere Stimme laut zu erheben. Wir fordern vom Staat und den Gemeinden, daß sie für die Opfer der Arbeitslosigkeit sorgen.

Es ist das schwerste und traurigste Los, das einen Arbeiter und seine Familie treffen kann, wenn er seitdem und seitdem ist, seinen Unterhalt zu verdienen und nirgends Arbeitsgelegenheit finden kann. Die Arbeitslosenfürsorge darf aber niemals den Charakter der Wohlthaten über Almosen tragen, sondern es muß eine Form gefunden werden, die nichts demütigendes und nachteiliges für die Betroffenen im Gefolge hat.

Die Gewerkschaften — wenigstens der größte Teil — haben als Bahnbrecher auf diesem schwierigen Gebiete vorgearbeitet und für ihre arbeitslosen Mitglieder Vorsorge getroffen. Nur auf ihren Schultern oder im engsten Anschluß an sie kann diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegen gebracht werden. Das werden die in Brüder kommenden Haltungen niemals übersehen dürfen. Das Vorgehen der bayerischen Regierung nach der Richtung hin kann allen anderen Bundesstaaten und den Gemeinden als nachahmungswertes Beispiel dienen. Eine Arbeitslosenversicherung ohne die Gewerkschaften würde nur Zlickwerk, gegen die Gewerkschaften aber würde sie unmisslich sein. Mit diesem Gedanken werden sich auch die Gegner dieses Versicherungszweiges absindern müssen.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Oktober 1908).

Metall- und Maschinenindustrie.

In der Rohstoffserzeugung haben sich die Verhältnisse nach dem Berichte des Rohstoffsyndikats nicht geändert. Die Preise fällt nächstjährige Lieferung sind

Vom Egoismus.

Der Selbstverherrlungstrieb ist wohl der stärkste aller Triebe. Er nötigt uns, Speise und Trank zu uns zu nehmen, uns zu kleiden, durch Haus und Wohnung gegen Unbill des Wetters zu schützen, gegen Angriffe uns zu wehren und selbst gegen den Tod unseres Leibes zu verteidigen.

Die direkte Folge dieses, — leider nicht immer eben — Triebes, ist der Egoismus, welcher wirklich der eigentliche Grundzug unserer ganzen Tätigkeit ist; ja selbst die hohen Ideale der Liebe und Freundschaft haben ihren Ursprung im Egoismus, er ist durchweg der Hebel unserer Begierden, Gutes zu tun, selbst dort noch, wo man am ehesten zu handeln glauben, ist er bloß mehr oder minder verborgene Triebfeder. Der Egoismus unterscheidet sich nun wohl in verschiedene Arten, er kann verdeckt bis zum außergewöhnlichen, aber auch edel und gerecht sein.

Bekanntlich gibt es Menschen, die bei allem möglichen und ersteren, nur ihr eigenes „Ich“ im Auge haben, deren Sinn nur darauf gerichtet ist, sich selbst am meisten zu nützen, wobei sie rücksichtslos die heiligen Rechte ihrer Mitmenschen mitfüllen treten. Solche Egoisten kann mit anderen an einem Plane arbeiten, denselben Ziel entgegenstreben, thönen und ausstellen,

wert schaffen — aber nur um ihrer selbst willen. Sie sind Streber, welche nur sich selbst als Ziel vor sich sehen, und um der Selbstherrlichkeit willen sich dazu erneutigen, andere in übervorteilen, zu hintergehen und auszunützen. Will etwas nicht, wie gehofft, gelingen, wird nicht scheut, nach unrechten Mitteln zu greifen, um sich auf Kosten anderer zu erheben, sich ungerechter Weise das anzueignen, was andern gehört, wo andere Teil davon haben.

Der verwerfliche Egoismus bringt hervor: unberechtigte Ehrgeiz, Selbstüberhebung, Höchstschätzung der eigenen und Geringschätzung der Arbeit und Leistung anderer, Ruhm, Macht, Angst, Betrug, rücksichtslose, verächtliche und terroristische Behandlung gegen den Untermenschen und noch mehr der unzähmlichen Eigenarten. Das zeichnet die Egoisten dieser Art; ihr Lohnplatzt, aber doch nicht ihrem Handeln. Ihre Ideale Schaffensfreude kennen diese nicht, ebenso wenig die wohlige ruhige Zufriedenheit, die in dem innern stillen Glück der Mächtigerfüllung gegen anders liegt. Die Lust am Leben ist da niebriger, untergeordneter Art, oder in nemalem Sinne auch oft zorn, verloren. Solche Eigenschaften rauben gänzlich den inneren Frieden des Menschen. Der Egoist fühlt für seine Mitmenschen eben nichts, ihnen Liebe und Herzlichkeit zeigen vermag er nicht, undurchdringlich ist seine Seele und sie kann das Seine nicht

gelingen und Achtung anderer verlustig macht. Einsam, verbittert, ungeliebt, ungeachtet und unzufrieden mit sich selbst und mit allem, zieht er seine Bahn.

Der Egoist des anderen Schläges sieht die gleichen Ziele wohl vor sich, wonach jener strebt, doch nimmt er auch auf andere Rücksicht, welche einen Platz an der Sonne wünschen; in Tugendhaft und Rechtschaffenheit strebt er Seite an Seite mit anderem dem Ziele entgegen, er freut sich, andere zu unterstützen, ihnen seine Kräfte leihen zu können, damit auch diese mit ihm dasselbe Ziel kommen.

Die Kräfte anderer auszubeuten, ist ihm unmöglich und widerst. Niemals wird er es über sich bringen, seinen Untermenschen zu terrorisieren oder aus irgend einem Grunde ihn gar aus Brot und Arbeit zu drängen lassen. Gegen die Untermenschen hilfreich, freundlich und gesäßig, findet er ungeachtet deren Liebe, Hörmuthung und Werthschätzung, wogegen dem schmützigen Egoisten aus seinem Tun nichts als Verachtung und gar Hass erwächst, was ihm das Leben verdüstert und arm macht, ohne daß er den eigentlichen Grund für seine Forderung erkennt. Er sieht nicht ein, daß man nicht Gold für Straßenstaub eintauschen kann. Nur wer selbst auch Freundschaft, Gefälligkeit und Liebe erzeugen kann, hat gleiche Gegenleistungen zu erwarten. Der gute Egoist sieht das hohe Glück in einer Besiedlung zu schägen,

Witter, drinnen) eingesetzten oder eingeprägt wird, müssen eine glatte und dämmigegegute Oberfläche haben; sie müssen möglichst mindestens einmal feucht gereinigt werden.

Arbeiten, welche unter Anwendung eines Wasserstoff-, Wassergas- oder Steinluftengas-Gediges ausgeführt werden, dürfen, soweit es die Natur des Arbeit gestattet, nur an bestimmten Arbeitsplätzen unter wirksamen Absaugvorrichtungen vorgenommen werden.

Der Arbeitgeber hat allen bei der Herstellung von Akkumulatoren beschäftigten Arbeitern Arbeitsanzüge und Mützen in ausreichender Zahl und in zweckentsprechender Beschaffenheit zur Verfügung zu stellen.

Er hat gelegte Anordnungen und Beaufsichtigung dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitskleider nur von denjenigen Arbeitern benutzt werden, denen sie zugewiesen sind, mindestens wöchentlich gewaschen und während der Zeit, wo sie sich nicht im Gebrauch befinden, an den dafür bestimmten Plätzen aufbewahrt werden.

In einem staubfreien Teile der Anlage muß für die Arbeiter ein Wasch- und Antletheraum und getrennt davon ein Speiseraum vorhanden sein. Diese Räume müssen sauber und staubfrei gehalten und während der kalten Jahreszeit geheizt werden.

In dem Wasch- und Aufzettberaum müssen Wasser, Gefäße zum Mundspülen, zum Reinigen der Hände und Nagel genügende Büsten, Seife und Handtücher sowie Einrichtungen zur Verwahrung derjenigen Kleidungsstücke, welche vor Beginn der Arbeit abgelegt werden, in ausreichender Menge vorhanden sein.

Der Arbeitgeber hat seinen Arbeitern wenigstens einmal wöchentlich Gelegenheit zu geben, ein warmes Bad zu nehmen.

Die Bettbeweinung von Arbeitserinnen sowie von jugendlichen Arbeitern zu solchen Vortischungen, welche sie mit Blei oder Bleiverbindungen zu Verhinderung bringen, ist untersagt.

Der Arbeitgeber darf zur Beschäftigung bei der Herstellung von Akkumulatoren nur solche Personen einstellen, welche die Bescheinigung eines von der höheren Verwaltungsbörde dazu ermächtigten Arztes darüber beibringen, daß sie nach ihrem Gesundheitszustande für diese Beschäftigung geeignet sind. Die Belehrungen sind zu sammeln, aufzubewahren und dem Aufsichtsbeamten (§ 129b der Gewerbeordnung) auf Verlangen vorzulegen.

Die Beschäftigung der zum Mischen und Herstellen so-
wie zum Einfüllen der Füllmasse in die Platten, Gitter
oder Rahmen verwendeten Arbeiter ist wahlweise so zu
regeln, daß die Arbeitsszeit entweder die Dauer von
8 Stunden täglich nicht übersteigt und durch eine Pause
von mindestens 1½ Stunden unterbrochen wird, oder die
Dauer von 6 Stunden täglich nicht übersteigt und nicht zum
Zwecke der Nahrungsaufnahme unterbrochen wird.

Der Arbeitgeber hat die Überwachung des Gesundheitszustandes seiner Arbeiter einem dem Aufsichtsbeamten vertraulich zu machenden approbierten Arzte zu übertragen, welcher die Arbeiter mindestens einmal monatlich auf die Anzeichen etwa vorhandener Bleiterkrankung zu untersuchen hat.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrolle über den Wechsel und Verstand sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen oder durch einen Betriebsbeamten führen zu lassen. Es ist für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintrag, soweit sie nicht vom Arzte bewirkt werden, verantwortlich.

Dieses Kontrollbuch muß enthalten:

1. Vor- und Namens, Alter, Wohnort, Tag des Ein- und Austritt jedes Arbeiters, sowie die Art seiner Beschäftigung.
2. den Namen dessen, welcher das Buch führt,
3. den Namen des mit der Überwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter beauftragten Arztes,
4. den Tag und die Art der Erkrankung eines Arbeiters,
5. den Tag seiner Genesung,
6. die Tage und die Ergebnisse der im § 18 vorgeschriebenen allgemeinen ärztlichen Untersuchungen.

Der Arbeitgeber hat für die bei der Herstellung von Akkumulatoren beschäftigten Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

1. Die Arbeiter dürfen Nahrungsmittel nicht in den Arbeitsräumen einzunehmen. Das Mitbringen und der Genuss von Brautwein im Betrieb ist untersagt. Das Einnehmen von Mahlzeiten ist nur außerhalb der Arbeitsräume gestattet.
2. Die Arbeiter haben die ihnen übertragenen Arbeitskleider bestimmtgenäß zu benutzen.
3. Die Arbeiter dürfen erst dann den Speiseraum betreten, Mahlzeiten einzunehmen oder die Anlage verlassen, wenn sie zuvor die Arbeitskleider abgelegt und sich gründlich gewaschen haben. Rauchen und Schnupfen ist den Arbeitern untersagt.

Diese Vorschriften sind in jedem Arbeitsraume anzuschlagen.

Gewerkschaftliches.

Anerkennung der Organisationsarbeit.

Wenn auch die Entwicklung in das Wesen und die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren in wechselnder Weise zugekommen hat, so sind doch die Tatsache keine Seltenheit, in welchen noch immer die Gewerkschaften lediglich als Streitvereine gewertet und demgemäß behandelt werden. Wie verkehrt eine derartige Behandlung der Gewerkschaften ist, lehrt mit aller Deutlichkeit der Bericht in dem neuesten Jahresberichte des Gewerbeaufsichtsbeamten für Bremen, der über die Streits und Ausperrungen berichtet. Nachdem dieser Beamte festgestellt hat, daß Arbeitgeber und Arbeiter mehr und mehr bemüht seien, die gegenseitigen Rechte zu achten und nicht mehr unbedeutende Interessen zu vorsichtigeren Räumungen auszuwählen zu lassen, schreibt er:

„Ein nicht geringes Verdienst ist der Besserung dieser Beziehungen gebürtet ohne Frage den Organisation-

wen der Arbeitgeber als auch denen der Arbeiter, deren Leistungen nicht nur eine sachliche Führung der Verhandlungen bei einem ausgetrocknetem Kampf gewährleisten, sondern die auch mit Hilfe ihrer Autorität, Kenntnis der Absatz- und Marktverhältnisse unbefonnene Schritte und aussichtloses Beginnen ihrer Mitglieder zu verhindern und unberechtigte Ansprüche abzulehnen imstande waren. Das dies im Berichtsjahr durch die Arbeiterverbände geschehen, sei besonders hervorgehoben. Die nicht selten gebrauchte Bezeichnung „Streikvereine“ für die Organisationen der Arbeiter entbehrt, so allgemein gebraucht, unter allen Umständen der Berechtigung und kann nur dort einen Widerhall finden, wo für wirtschaftlich berechtigte, materielle, soziale oder städtische Forderungen der Arbeiterschaft kein Verständnis vorhanden ist, und wo man nicht begriffst, daß die Berufsverbände für die Arbeiter in vielen Fällen die einzige Möglichkeit bieten, ihre wirtschaftliche oder soziale Lage verbessern zu helfen. Die Tatsache, daß Druck (hier die Versteuerung der Lebensverhältnisse) unbedingt Gegenstand (hier Fortsetzung höherer Löhne usw.) erzeugen muß, findet durch die unausbleiblichen Mehrforderungen der Arbeiterschaft eine unumstößliche Bestätigung.

Solche objektiven Worte von amtlicher Seite können für eine richtige Beurteilung der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit nur nützlich sein, wie sie andererseits die Möglichkeit und Farsichtigkeit der Stellung jener Kreise beleuchten, die mit Schlagworten wie „Streikverein“ die unausbleiblichen Organisationserscheinungen des wirtschaftlichen Lebens abtun zu können vermeinen.

Gutenbergbund und Buchdrucker-Verband.

Dem Verband der deutschen Buchdrucker ist es bis heute gelungen, die Aufnahme des Gutenbergbundes in die Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckerverband zu hindern.

Was hauptsächlich und wirtschaftlich Stein des Anstoßes nach der Richtung hin sein konnte, das hat bereits die Generalversammlung des Bundes vom Jahre 1904 bestimmt (Bestehen eines besondern Arbeitsnachweises).

Wenn der Bund seitdem trocken außerhalb der Vertragsgemeinschaft gehalten wurde, so hat er es wohl ausschließlich den Machenschaften seitens des Verbandes zu verdanken; denn ernstlich kann heute nicht mehr behauptet werden, daß es der Bund nicht ernst nähme mit der positiven Mitarbeit auf tariflichem Gebiet. Den Nachweis für diese Behauptung führt der Bund in einer kleinen Zusammenstellung, die er dieser Tage unter dem Titel: „Bericht über die Tätigkeit des Gutenbergbundes (Vereinigung deutscher Buchdrucker) im Interesse der Ein- und Durchführung des Tarifs der deutschen Buchdrucker“ herausgegeben hat. Darin heißt es u. a.:

„Der Gutenbergbund steht grundsätzlich voll und ganz auf dem Boden der Tarifgemeinschaft und verpflichtet statutarisch seine Mitglieder im Sinne des Tarifs. § 1 des Statuts, Absatz a hat folgenden Wortlaut:

„Pflege und Förderung der Tarifgemeinschaft dadurch, daß die Mitglieder des Gutenbergbundes verpflichtet sind, sich den Bestimmungen des jeweils zwischen Prinzipalen und Gehilfen im deutschen Buchdruckerverband vereinbarten Tarifs zu unterwerfen und für strikte Durchführung und Innehaltung dieser Bestimmung zu sorgen.“

Seit der Aufnahme des Gutenbergbundes in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften kann es auch gar nicht anders sein. Die christlichen Gewerkschaften erfüllen ihre Aufgabe in der Ein- und Durchführung corporativer Arbeitsverträge. Durch das Kartellverhältnis mit den christlichen Gewerkschaften ist der G.-B. an dieses Programm gebunden, während der neutrale und selbständige Charakter des G.-B. vollständig unberührt geblieben ist. Dem Eintritt in den G.-B. stehen für keinen organisierten Berufsgenossen, Hindernisse im Wege. Der grundsätzlichen Stellung zur Tarifgemeinschaft hat der G.-B. auch ganz logisch durch praktische Tätigkeit für die Durchführung der Tarifgemeinschaft entsprochen. Im folgenden einige Ergebnisse der letzten Zeit:

In 41 Ortsgruppen wurde bei 54 Firmen die Anerkennung des Tarifs erwirkt. Hierzu kommt noch eine Anzahl von Druckorten, in denen die Mitglieder des G.-B. zum Vorschein aufgeführt wurden und in denen die Verhandlungen wegen der Tarifanerkennung noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs reichten an mehreren Orten die Bundesmitglieder die Kündigung ein. Der Gutenbergbund zahlte dafür an die im Interesse der praktischen Durchführung der Tarifgemeinschaft arbeitslos gewordenen Mitglieder Mahlregelungsdotierung. Klusgeschlossen wurden Mitglieder in den Orten: Königshütte, Trebnitz, Hirschberg, Berlin und Stralsund, weil sie gegen die Bestimmungen des Tarifs gehandelt hatten.

Das Vermögen des G.-B. betrug am Schluß des Jahres 1907 über 400 000 Mark. Die Mitglieder des G.-B. stehen nachweisbar zu 94% in tariftreuen Druckereien. Der G.-B. ist somit eifrig und mit Erfolg bestrebt, den ihm aus der Tarifgemeinschaft entzogenen Büttchen nachzukommen. Damit muß sich naturngemäß als notwendiges Korrelat die Einschränkung der vorhandenen Rechte in der Tarifgemeinschaft verbinden.

Ein wesentlicher Schritt zur Erreichung dieses Ziels ist nunmehr durch einen Beschluss des Tarifamts vom 19. November ds. Jg. gemacht. Der „Typograph“ veröffentlicht in seiner Nr. 48 folgende Bekanntmachung:

„Wie unserer Mitgliedern bekannt ist, beschäftigte sich der Tarif-Ausschuß in seiner letzten Sitzung u. u. auch mit nachstehendem Antrag des Hauptvorstandes:

Berlin, 27. Januar 1908.

An das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
Wir haben Ihr Schreiben vom 20. Januar ds. Jg. erhalten und zur Kenntnis genommen. Der Inhalt deselben macht es uns zur Pflicht, unter Berufung auf unser Statut den Antrag beim ländl. Tarifamt zu stellen, den im September 1902 gefassten Beschluß betr. die Tarifvereinklärung des Gutenbergbundes aufzuheben.“

Darauf wurde dem Hauptvorstande seitens des Tarifamtes nachstehender Beschluß des Tarif-Ausschusses mitgeteilt:

„Auf Ihren Antrag, die Tarifvereinklärung vom Jahre 1902 aufzuheben, teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß der Tarif-Ausschuß in seiner Sitzung vom 19. d. vorliegenden Beschlusß gefasst hat:

Der Tarif-Ausschuß stellt fest: Die Erklärung des Tarifamtes vom 28. August 1902, betr. Tarifverein des Gutenberg-Bundes, ist nach § 82 des Tariffs gegenstandslos geworden.

Durch diesen Beschluß ist also seitens des Tarif-Ausschusses die Tarifverein-Erklärung des Bundes aufgehoben worden und die Gleichberechtigung der Mitglieder des Bundes mit den Verbandsmitgliedern festgestellt.“

Damit ist die Tarifverein des G.-B. von der maßgebenden Instanz anerkannt. Das weitere muß sich jetzt von selbst ergeben. Diesen Erfolg wie auch den früheren, nämlich die Aufhebung des Organisationsmonopols für den Verband, hat der Gutenbergbund einziger und allein dem Erfolg und der Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften zu verdanken, deren Waffenbrüderlichkeit er sich durch den Anschluß an den Gesamtverband gesichert hat.

„Berliner“ Münzberufe.

Einige im Fahrwasser der Berliner Fachabteilungen segelnde Blätter — voraus natürlich der „Arbeiter“, „Sieg Berlin“ — drachten kürzlich über eine in Luxemburg stattgefundenen christlichen Gewerkschafts-Versammlung einen Sensationsbericht, wonach sich christliche Gewerkschafter unfliegige Beschimpfungen gegen anwesende Geistliche und sogar Äbtissinnen gegen Fachabteilungen hätten zuschulden kommen lassen. Von der sozialdemokratischen Presse wurde der Sensationsbericht mit Behagen aufgegriffen und mit den bekannten Gardeur gegen die christlichen Gewerkschaften ausgeschlachtet. „Sieg Berlin“ hatte den Sozialdemokraten wieder einmal einen der „seithesten Bissen“ gegen die christliche Arbeiterbewegung gesetzelt. Bei der schon über Deutschlands Grenzen hinaus bekannten „Wahrheitsliebe“ der Berliner Fachabteilungen mußte der Bericht zunächst mit Misstrauen und Vorsicht aufgenommen werden. Und es hat sich denn auch leicht nachweisen lassen, daß die „Berliner“ tatsächlich wieder furchtbar übertrieben haben.

Der „Westl. Arbeiter-Ztg.“, Nr. 48 wird von unterrichteter Seite zu der Angelegenheit folgendes geschrieben:

„Derartige Ausdrücke, wie sie da unter viel Aufwand von Zeitdruck wiedergegeben werden, sind in der Tat nicht gesessen. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Gewerksverein christlicher Bergleute versucht in neuer Zeit auch, die Arbeitskollegen längs der luxemburgischen Grenze zu organisieren. Er nutzt das tun, weil ein großer Teil derselben auf deutschem Boden arbeitet. Zum Zwecke der Organisationsbegrundung sollte am 25. Oktober in Düdingen eine Versammlung stattfinden. Die einzelnen Bergleute waren schriftlich (persönlich) dazu eingeladen. Der Arbeitersektor für Klepper hat sich eingeladen eine Einladung verschafft und erschien in der Versammlung. Der Beamte des Gewerksvereins, der dort war, nahm an, der Herr würde soviel Lustausgefühl bestehen und nicht ohne Grund aggressiv werden, falls er das Wort erhielte. Er hatte sich aber getäuscht. Als Klepper das Wort erhielt, wurde er sofort ausfällig gegen die christlichen Gewerkschaften. Als man ihn nunmehr das Wort entziehen wollte und ihn zur Tagesordnung rief, ließ er im Volke unheil, immer wütender tohend. Daß hierbei vom Vorstandstisch die vom „Arbeiter“ angegebenen Ausdrücke gesessen sein sollten, ist unwahr.

Ein einziger Arbeiter, wohnhaft in Düdingen, bediente sich Ausdrücke, die zu missbilligen sind. Derselbe ist aber infolge eines im Januar 1. Jg. erschienenen Petitionsurlasses geistig gestört und äußerst nervös. Er wurde vor etwa fünf Wochen aus einer Nervenheilanstalt entlassen. Mit den christlichen Gewerkschaften hat er nur insofern etwas zu tun, als ihn der Beamte des Gewerksvereins unentgegnet in Erlangung seiner Lust- und Krankengelbsprache behilflich war und ihm mehrere mal auf eigenen Kosten eine Reiseunterstützung zuteilt werden ließ. Dieser Mann, der sich in der Versammlung an den Vorstandstisch postierte, mache, gereizt durch die Ausführungen von Herrn Al. Zwischenrude, wofür er zunächst vom Vorstande zurechtgewiesen wurde. Als er sie nicht unterließ, sprang Herr Arbeitersektor Klepper vor den Mann hin und rief ihm ins Gesicht: „Ich zähle Ihnen fünf Mark, wenn Sie mich hinausschmeißen!“ Hierdurch wurde die Erregung allgemein gesteigert und Herr Al. gemeinsam von mehreren vor die Tür gedrängt, wobei ihm aber nichts geschah. Will man nun die christlichen Gewerkschaften für das Verhalten des durch Klepper ausgeriegten nervösen Mannes verantwortlich machen?

Um eine eingehende Untersuchung der von den „Beratern“ geschilderten Verjährungen zu erheben, und denselben Gelegenheit zur Verteidigung zu geben, wurde für Sonntag, den 8. November eine öffentliche Versammlung nach demselben Düdingen einberufen, zu der der Arbeitersektor Klepper ebenfalls eingeladen und erschien war. Herr Karlus vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter legte dar, was die christlichen Gewerkschaften zwinge, über die Grenze zu gehen, desgleichen ihre Verhältnisse zu den katholischen Arbeitervereinen und katholischen Fachabteilungen, unter Besprechung der Grundsätze, unter denen ein friedliches Nebeneinanderleben möglich wäre. Trotzdem die Versammlung größtenteils von Gegnern zusammengetreten war, herete die während seinen Ausführungen die größte Ruhe. Als nach Herrn E. Herr Klepper das Wort nahm, setzte sofort wieder derselbe tumult ein, weil er nicht etwa auf das einging, was Herr E. vorbrachte, sondern persönlich wurde und nachdem er geredet, Reihen aufnahm. Es ist uns damit klar geworden, daß es diese Fachabteilungsschreie überhaupt nicht auf die Sache, nicht auf die Wahrheit, nicht auf den Frieden ankommt; er will die christlichen Gewerkschaften hemmen, sie hindern, Fuß zu setzen. Daher sein Herausfordern des Vereinsen in den Versammlungen. Er will es zu Tumulten und Sturmzügen entreiben, um hernach die christlichen Gewerkschaften als den schändlichen Teil hinstellen zu können. Ein abgeschnittener Fingernagel, aber wir durchschauen ihn.

Es ist in den beinahe vier Jahren, seitdem die christlichen Gewerkschaftsbewegung in Vorhängen Fuß fasste, nichts geschehen, was berechtigten Anlaß zu Beschwerden in geist-

lichen Streit gegeben, trotz aller Widerstände, die sie gefunden. Wir gehen unsern Weg ruhig voran und auch ein Sieg ist uns auf die Dauer nicht hindern können."

Der Sprachenparagraph des neuen Vereinsgesetzes

Hat den Reichstag in der Sitzung vom 25. November beschäftigt. Unlänglich der Debatte über das Grubenunglück auf Zeche Stabob kamen mehrere Redner auf die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes in Preußen zu sprechen, u. a. auch die Abg. Kollegen Wieberg und Schäffer. Bechterer führte folgendes aus:

Eine große Rolle spielt bei allen diesen Dingen auch der Sprachenparagraph des Vereinsgesetzes. Der Abg. Gothein hat sich darüber beklagt, daß die vom Staatssekretär feierlich abgegebene Aussage, daß Arbeiterorganisationen nicht unter den Sprachenparagraphen fallen sollen, in Preußen nicht erfüllt worden sei. Wir, die wir die preußische Regierung kannten, wir haben uns auf diese Erklärung des Staatssekretärs nicht verlassen, und es wäre von den Freunden des Abg. Gotheinslug gewesen, wenn sie sich uns angegeschlossen hätten. Tausende von fremdsprachigen, zum Teil ausländischen Arbeitern, werden von den Bechternwaltungen in die Industriegebiete gelockt und müssen den deutschen Arbeitern gegenüber als Konkurrenten und vielfach als Lohnbrüder dienen. Da sollte man uns doch wenigstens die Möglichkeit geben, diese zum Teile geistig armen Leute zu erziehen und zu beraten, daß sie sich nicht als Lohnbrüder ausnützen lassen."

Darauf konnte der anwesende Staatssekretär von Bethmann-Hollweg nicht gut schweigen und bei seiner Antwort spielte sich nach dem Berichte der „Kölner Volkszeitung“ folgendes ab:

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Abg. Huse, Gothein und Wieberg haben die Behauptung aufgestellt, daß die Art und Weise, wie der Sprachenparagraph gehandhabt werde, im Widerspruch stände mit der Aussicht, die ich hier im Reichstag gegeben habe. Das ist nicht der Fall. (Hört, hört!) Obwohl die ganze Angelegenheit mit den Interpellationen nichts zu tun hat, so will ich das doch heute schon konstatieren. Ich werde mir daher das weitere vorbehalten, bis sich mir bei Besuch des Staats Gelegenheit bietet, mich darüber zu äußern. (Burk: Sie haben ja jetzt Gelegenheit!) Nein, ich halte mich nicht für berechtigt, schon jetzt mich eingehend darüber zu äußern. (Lebhafte Widersprüche, starke Unruhe.) Nun gut, dann will ich das eine schon jetzt sagen: Diejenigen Leute, die von einem Widerspruch sprachen, bitte ich, im Stenogramm meine Erklärung nachzulesen und sie mit der Rede des Abg. Krebs, auf welche ich ausdrücklich Bezug genommen habe, zu vergleichen. Sie werden dann finden, daß ein Widerspruch nicht zu finden ist.

Ich habe gesagt, daß der Sprachenparagraph auch im Westen gegenüber polnischen neuerschafflich organisierten Arbeitern zur Anwendung kommen müsse, weil die polnischen Arbeiter nicht ausschließlich gewerkschaftliche Interessen verfolgen, sondern auch politisch-nationale. (Stürmisches Widerspruch, starke Unruhe.)

Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Dann ist der Reichstag absichtlich irre geführt worden! (Erneute starke Unruhe. Glöckchen des Präsidenten.)

Vizepräsident Kämper ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung. (Abermalige Unruhe, Beifall rechts.)

Abg. Huse (Soz.) ruft: Ledebour ist im Recht!

Vizepräsident Kämper ruft auch den Abg. Huse zur Ordnung.

Schon vorher hatte der freisinnige Abg. Gothein — auch einer von denen, die für das Vereinsgesetz gestimmt haben — folgenden bezeichnenden Stoßausdruck von sich gegeben:

„Der Staatssekretär des Innern hat uns hier versprochen, daß der Sprachenparagraph auf Gewerkschaftsversammlungen keine Anwendung finden soll, und doch hat der preußische Minister des Innern eine Verordnung erlassen, wonach der Paragraph auch auf jene Versammlungen ausgedehnt werden soll. Das Gesetz wäre nie und nimmer angenommen worden, wenn wir vorher gewußt hätten, daß ein feierlich gegebenes Versprechen hinterher nicht gehalten würde.“

Die Freisinnigen und auch noch andere uns näherstehende Abgeordnete werden jetzt höchstlich einzischen, was von solchen „Versprechungen“ zu halten ist. Die betr. Erklärung des Staatssekretärs war allerdings kein feierlich gegebenes Stares Versprechen. Wir haben sie schon damals ganz richtig eingeschätzt, nämlich als eine diplomatisch gedrechselte, verklärtulierte Erklärung, die zu gar nichts verpflichtete. Herr v. Bethmann-Hollweg ist mit seinen vorstehenden Ausführungen dem letzten Buchstaben nach im Rechte. Das ganze aber ist eine bittere Lehre und zugleich eine Blamage für diejenigen Volksvertreter, die sich durch diese Erklärung fördern ließen.

Aus der Metallindustrie.

Opfer der Arbeit.

Duisburg. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am 25. November auf der Niederrheinischen Hütte. Beim Aufziehen eines großen Eisenstückes für den zweiten neuen Hochofen, etwa 140 Ztr. schwer, riss, als das Teil etwa 5 Meter hochgezogen war, das Konterteil. Von diesem Seile, an welchem eine Rolle befestigt war, wurde ein Arbeiter, welcher in der Nähe beschäftigt war, in die Seite getroffen. Durch die durchbare Fucht wurde dem Vermissten ein Arm vollständig zerschmettert und er auch sonst so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Mönchengladbach. Am 25. November wurde in der Abzweigstelle der Rombacher Hütte einem 14½-jährigen Arbeiter durch die Bohrmaschine ein Arm abgerissen.

Streik und Lohnbewegungen.

Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Kudlar Bez. Köln. Die Arbeiter der Zellstofffabrik W. & A. Klein stehen im Streik infolge von Lohnabreduzierungen von 10—15%.

Nachen. Bei der Firma J. C. & W. Kumpen, (Maschinenfabrik) stehen die Richter im Streik.

Waldbroth bei Mannheim. Bei der Firma Rudolf Otto Walter stehen die Arbeiter behufs Abwehr von Lohnabzügen im Streik.

Bremen. Hier selbst sind die Geltungsmonture ausgesperrt.

Mheidt. Bei der Firma Froring, Werkzeugmaschinenfabrik ist infolge von Lohnabzügen ein Streik ausgebrochen.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Trotz wiederholtem Hinweis, daß vom 1. Oktober ab keine alten Marken mehr verkauft werden dürfen, sind noch fortwährend Fälle zu verzeichnen, wo Mitglieder statt der neuen, noch alte Marken geliebt haben. Es sei hiermit nochmals sowohl an die Vorsstände wie Mitglieder der Hinweis gerichtet, daß keine alten Marken mehr geliebt und verkauft werden dürfen. Auch etwaige restlerne Beiträge sind durch neue Marken zu quittieren.

Noch vorhandene alte Marken sind sofort an die Centralstelle einzusenden.

Der Vorstand.

G. W. Weber, Verbandsvorsitzender.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. November 1908 der fünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. November bis 6. Dezember fällig.

Die Ortsgruppe Durlach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Disberg. Eine gut besuchte Versammlung hatte unsere Ortsgruppe am Sonntag, den 22. November zu verzeichnen, wozu unser Verbandsvorsitzender Kollege Weber als Referent erschienen war. Redner behandelte das Thema: „Welchen Nutzen gewährt die gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern“. Ausgehend von jenen Seiten, wo die Organisation noch nicht vorhanden oder erst im Entstehen begriffen war, schilderte hervorl. die Lage der Arbeiter bis zur Gegenwart. Auch die Krisen in den siebziger und achtziger Jahren habe die Arbeiter viel schwerer getroffen, weil damals noch keine leistungsfähigen Organisationen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen konnten. Auf die Aufbesserung der Löhne habe die Organisation ebenfalls in großartiger Weise mitgewirkt. Wenn im Jahre 1906 pro Arbeiter und Jahr 116 Mark mehr Lohn verdient wurde als im Jahre 1900, so sei dies in erster Linie die Frucht der gewerkschaftlichen Arbeit und Kämpfe, welche die Organisationen geleistet haben. Bei 10 Millionen gewerblicher Arbeiter erreicht dieser Mehrlohn allein im Jahre 1906 die Summe von 1160 Millionen Mark. Was bedeuten dem gegenüber die winzigen Beiträge, welche von den Mitgliedern gesetzt werden und Ihnen anderseits wieder in Gestalt allerlei Unterstützungen zufliessen. Mit dem Appell, treu zur Organisation zu halten, nicht in der Agitation zu erlahmen, bis der letzte Kollege dem Verband zugeführt, schloß Redner seinen mit vielen Beispielen ausgeworfenen Vortrag.

In der Diskussion tablette der Kollege Vollmer, daß sich immer noch eine Anzahl von Arbeitern dem Betriebsrat verhielten, obwohl sic die Notwendigkeit der Organisation erkannt hätten. Als ein großer Uebelstand habe es sich herausgestellt, daß ein Teil der Gießereiarbeiter und Formarbeiter der dortigen Hütte immer noch im Gewerkschaftsbund Christlicher Bergarbeiter seien, während der andere Teil im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist. Dadurch wird jede Einigkeit durchbrochen und werden Gegensätze geschaffen, welche sich bis zu Feindseligkeiten unter den Arbeitern steigern. Die Formarbeiter und Gießereiarbeiter haben mit den Bergleuten keine fachlichen Verhältnisse, und deshalb gehören dieselben in den Metallarbeiterverband und nicht in den Gewerkschaften der Bergleute. Redner forderte auch, daß zu gleicher Zeit jedes der Ortsgruppen des Bergarbeiterverbandes eine Versammlung abgehalten werde, welches offenbar nur den Zweck habe, die dort organisierten Formarbeiter und Gießereiarbeiter von unserer Versammlung fernzuhalten; es könnte für den Gewerkschaften doch nicht darauf ankommen, ob derselbe 50 oder 60 Gießereiarbeiter in seiner Mitte habe. Mederer

ersuchte den Verbandsvorsitzenden wieder, der die Gießereivereinsleitung batte zu tören, daß diejenigen unhaltbaren Zustände beseitigt werden.

Kollege Weber erklärte, daß er nach dieser Richtung schon Schritte unternommen, leider bei der Gewerkschaftsvereinsleitung noch keinen Erfolg erzielt habe. Uebrigens müßten doch die im Gewerkschaften her Bergleute organisierten Formarbeiter, Gießereiarbeiter, Schlosser etc., welche in ein und denselben Werkstätten mit unseren Kollegen arbeiten, erkennen, daß auf die Dauer sie selbst den Schaden und Nachteil zu leiden haben, wie es sich bei früheren Bewegungen gezeigt habe. Wie ihm mitgeteilt, bemühten sich außerdem einige untergeordnete Beamte, Bergarbeiter usw., die Kollegen vom Nebertritt fernzuhalten. Das beweise doch wohl am besten, wer von dem lebhaften Zustand den Nutzen davontage. Anderseits würde er sich bemühen, dem Wunsche der Kollegen Rechnung zu tragen. Einige mehr Ausklärung unter den Kollegen zu verbreiten, dürfte am besten zum Ziel führen. Mit einem Appell, tätig einzutreten für unsere Sache, fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Stolberg. Vor etwa zwei Jahren haben die Kollegen der Firma von Asten und Ehmen, um ihre düstere Lage in etwas aufzubessern, einen Kampfslauf mitspielen müssen. Dank der Geschlossenheit und Disziplin der Kollegen gelang es damals, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. War man sich allgemein darüber klar, daß diese Forderungen durchaus gerecht waren, so dachte die Firma von Asten und Ehmen anders. Obgleich heute der Kampf schon mehr als zwei Jahre zurückliegt, glaubt der derzeitige Vorsitzender der Firma, Herr Oskar Ehmen, jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den damaligen „Frevler“ zu rächen. Schon vor Jahresfrist hatte sich eine „Ursache“ gefunden, um den Kollegen an die Luft zu setzen, der im Verdacht stand, die Bewegung geleitet zu haben. Bei dieser Gelegenheit sei noch gelagert, daß die Firma damals, gelinde gesagt, eine Unwahrheit hat verschüren müssen, um den Arbeiter los zu werden. Dem Kollegen wurde erklärt, gegen ihn sei ein gerichtliches Verfahren wegen Beleidigung von Arbeitsmännern eingeleitet. Bis heute hat der Kollege weder davon etwas gehört noch gesehen. Doch das nur nebenbei zur Bedeutung der Mittel, die von den Herren für ihre Zwecke für gut genug gehalten werden.

In dem Betriebe waren noch einige tüchtige ältere Kollegen, die glaubten, ihre Organisation nicht entbehren zu können, um so mehr, da es auch für sie noch vieles zu bessern gab und die Leitung der Firma nicht die Gewähr bot, daß sie als reiner Menschlichkeit für ihre Arbeiter ideale Zustände schaffen werde. Diese Leute waren in den Augen der Firma „gefährlich“, sie konnten sich vielleicht noch einmal dazu versteigen, in die durch Jahrhunderlige Tradition geheiligten „Herrenrechte“ der Herren im Hause einzutreten. Also hieß es, sich schnell dieser „Feuer“ zu entledigen. Gerade jetzt war der geeignete Zeitpunkt, wo Arbeitsmangel und infolge dessen Arbeiterüberfluss vorhanden ist. Allerdings waren da Kollegen, die schon 18 Jahre lang in dem Betriebe standen, die buchstäblich ihre Gesundheit und ihre Knochen für das Werk geopfert hatten. Auch hatten einige der Kollegen eine zahlreiche Familie, mit der sie ohne Arbeit der Not preisgegeben waren.

Doch, was heißt das alles, wo ein „Prinzip“ zu verteidigen ist, wo es gilt, Herr im Hause zu bleiben. Nur keine menschlichen Untertanen da, sondern heraus mit den Leuten, die drohen, an der alten „Ordnung“ zu rütteln.

Die übrigen Kollegen haben ihre Mit- und Vorkämpfer blutenden Herzens ziehen lassen müssen. Mit einem Herzen voller Bitterkeit sind sie zurückgekehrt und wüßten, diese Tat der Firma hat den Frieden nicht gefördert.

Unsere Ortsgruppe hätte auf Sonntag, den 15. November, gemeinsam mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein eine öffentliche Protestversammlung einberufen, die gut besucht war. Bezirksleiter Hartmann vom Gewerksverein H.-D. sprach einleitend über die Notwendigkeit der Organisation in der Krisenzeite. Gerade diese nutzten manche Firmen aus, um das in der guten Zeit durch die Organisation errungene wieder wett zu machen. Dazu kommt neuerdings noch ein raffiniertes schwarze Listen-System, mittels dessen Arbeiter monatelang außer Arbeit und Brot gehalten würden. Bis zu dem Tage, wo die Arbeiter deren Erhöhung energisch verlangten, seien die Löhne bei von Asten und Ehmen das reine Trinkgeld gewesen. Man wolle jetzt die Organisation vernichten, um die Löhne allein bestimmen zu können.

Unser Kollege Meijer führte etwa folgendes aus: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ist ein Produkt der Notwendigkeit. Man sah ein, daß die schrankenlose Ausbeutung darin, daß Kapital den Arbeiterstand aufreihen würde. Das Recht der Koalition ist also im vaterländischen Sinne gegeben worden, und wir handeln national, wenn wir Gebrauch davon machen.

Es handelt sich bei der Firma von Asten u. Ehmen nicht um die paar Groschen mehr Lohn, die die Arbeiter errungen haben, sondern man will sich von der Organisation in den „freien“ Arbeitsvertrag hineinreden lassen. Diesen Standpunkt begründet der Unternehmer mit ihrem Kapital, ihr Kapital zu verlieren. Das grausige Unglück auf Zeche Radbod hat noch einmal gezeigt, wer das größere Risiko hat. Wenn der Unternehmer sein Kapital tatsächlich verliert, dann hat er noch immer sein Leben und seine Arbeitskraft, mit der er wieder neues erwer-

den kann. Der Arbeiter aber verliert alles, seine Gesundheit und sein Leben. Er hat aber nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sein Leben und seine Gesundheit zu schützen, und dazu hat er vollen Koalitionsrecht nötig. Wer ihm dies nimmt, begreift eine Brutalität an dem höchsten Gute des Arbeiters. Nur eine starke Organisation ist imstande, auch nach dieser Seite der Herrschaft eine Schranke zu sehen. Neben empfiehlt folgende Resolution, die einstimmig angenommen wird.

Die am 15. November in der Heserschen Halle versammelten Arbeiter seien in den Maßregelungen, die die Firma von Asten und Lymen in der jüngsten Zeit vorgenommenen, ein gewaltiges Unterdrücken des Koalitionsrechtes des Arbeiters. Die Versammlung protestiert gegen die Entziehung der Arbeiter ganz entschieden und richtet an alle Arbeiter die Aufforderung, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, weil nur durch festes Zusammenhalten aller Arbeiter jedes Unrecht zurückgewiesen werden kann."

Am Schlussswort jedoch steht noch folgendes: Wenn die Firma von Asten und Lymen in einem Anschlage, indem sie gestern „ihre“ Arbeiter „er sucht“, nicht in die heutige Versammlung zu gehen, von den Arbeitersführern als von Helden sprach, dann nehmen wir dem gegenüber für uns in Anspruch, im nationalen Sinne zu arbeiten, wenn wir auch keine Reserveleute sind. Die Friedensförderer und Helfer stehn hier auf jener Seite, die das heiligste Recht des Arbeiters unterdrücken wollen. Vorgänge wie diese werden wir nur dann nicht zu bestreiten haben, wenn wir uns fest in einer kraftvollen Organisation zusammenschließen. Das müssen die Stolberger Arbeiter aus diesem Kampfe lernen und danach handeln.

Nachen. Im Nacherer „Volksfreund“ vom 20. Nov. 1908 finden wir folgende Notiz:

„Auch der Organisation bedürftig. Von einem ehemaligen Beamten des Werkes Eschweiler-Köln, Abteilung Blümchen, geht uns folgendes Schreiben zu: Alle Staatsbeamten erhalten Leuerungszulagen und dürfen auch die Meister obengenannten Werkes eine solche erwarten, sie könnten sie auch sehr gut gebrauchen. Die Meister, Abteilung Blümchen, stehen alle auf Gehaltlohn und der dazu gehörigen Prämie, die aber auch sehr knapp ausfällt, besonders in den Sommermonaten. Die Feuerarbeiter erhalten in den vier heißen Sommermonaten 10 Prozent Zöhnungszug, die weiter dagegen, die in den heißen Monaten die größte Last mit den Arbeitern haben, sind noch dadurch geschädigt, daß der Betrieb schwächer geht, indem ein Teil der Arbeiter durch Krankheit oder Schlaflosigkeit von der Arbeit zurückbleiben muß. Zur Zeit wurden die Löhne der Buddler vom Blümchen mit denen der Abteilung Aue gleichgestellt, aber an eine Gleichstellung der Meister auf Blümchen wurde nicht gedacht. In der Tat, Aue und Blümchen stehen die Meister auf Monatsgehalt nebst den dazu gehörigen Prämien, auf Blümchen nicht. Hier ist der Meister weniger als auf die anderen Abteilungen, steht sogar noch geringer als die Arbeiter, der Lohn ist dem eines Tagelöhners gleich. Eine sonstige Vergütung haben die Meister auf Blümchen auch nicht.“

Es liegt schon im Interesse des Werkes selbst, daß diese Nebenstände beseitigt werden, da die Arbeiter alle wissen, daß die Meister und Obermeister eher Tagelöhner als etwas anderes sind. Wenn in einem halben Monat zehn Schichten gearbeitet werden, dann erhalten die Obermeister zehn Tagelohnschichten, dazu werden sie von ihrem Betriebsführer im Beisein der Arbeiter beschimpft. Ein Meister verdient pro Schicht nur 2,60 Mark. Ein Meister ist besonders den Chilianen des Betriebsführers ausgepeist. Außer beleidigenden Titulaturen muß derjelbe sich noch sagen lassen: „In einer Ecke stehen und rauschen, das können sie besser, etwas anderes können sie überhaupt nicht.“ Dieses müssen sich Meister bitten lassen. Wie kann man verlangen, daß die Arbeiter vor dem Meister den nötigen Respekt und die nötige Achtung haben.“ — Soweit die Zuschrift.

Darauf ging dem Nacherer „Volksfreund“ von Herrn Direktor Hengstenberg folgendes Schreiben zu:

„Eschweiler-Köln, den 21. Nov. 1908.

Post Eschweiler-Aue.

Redaktion des „Volksfreund“

Nachen.

In Nr. 272 vom 20. cr. bringen Sie unter der Stichworte: „Auch der Organisation bedürftig“ Abdruck eines Briefes, welcher Ihnen von einem ehemaligen Beamten der Eschweiler-Köln Eisenwerke zugegangen sein soll.

Wenn Sie den sozialen Frieden fördern wollen, möchten wir Ihnen empfehlen, beratliche Briefe auf Ihre Richtigkeit zu prüfen, bevor Sie Ihre Mitmenschen, zu denen wir doch auch gehören, durch solle Nachreden kränken. Wir laden Sie freundlich ein, sich durch Einsicht der Lohnbücher davon zu überzeugen, daß bei uns jeder Beamte und Arbeiter „noch selinen Leistungen bezahlt wird“. Einem „Meister“ nur nur 2,60 Schichtlohn haben wir nicht in unseren Listen entdecken zu können. Vermutlich ist damit ein integraler Schweizer von 50 Jahren gemeint, welchen wir wegen seiner Bruthit und Unstetigkeit einen Ausseherposten übertragen. Derselbe verdiente 1907 nach Ausweis der Listen für die Unfall-Gesetzgenossenschaft nach Abzug der Fällenbeiträge mit 1355.

**Hochachtungsvoll
Eschweiler-Köln Eisenwerke
Aktiengesellschaft
Hengstenberg.**

Uns sind die Eschweiler-Köln Eisenwerke mit den Abteilungen Blümchen, Aue und Hasselt zu Eschweiler bei Nachen dadurch sehr gut bekannt geworden, weil wir mit dem Herrn Direktor Hengstenberg wiederholte Auszeichnungen gehabt haben. In Nr. 22 des deutschen Metallarbeiterverbandes wurde über Misstände auf der Abteilung Blümchen berichtet. Da der Herr Direktor ein pfiffiger Sohn unseres Verbandsorgans sein will und has-

Ortsgruppen, ließ er diese Misstände zum Teil sofort beseitigen und gab dann eine „Ausklärung der Verwaltung“ — es sollte eine Berichtigung sein —, welche der Reaktion unseres Verbandsorgans und auch den Arbeitern der Abteilung Blümchen als Drucksache ins Haus geschickt wurde. Die Einleitung dieser Berichtigung hatte folgenden Wortlaut:

„Der deutsche Metallarbeiter, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, bedenkt in Nr. 29 die Verwaltung unseres Walzwerkes Blümchen mit einem unfreundlichen Artikel — offenbar aus Verger darüber, daß die Mehrheit der Belegschaft von Blümchen ihrem Director mehr Vertrauen entgegenbringt, als den Eltern des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes. Dieser Beharfe wird hiermit öffentlich bekannt gegeben und dem geründen Recht unserer Freiheit überlassen.“

Es folgte nun der Artikel aus unserem Verbandsorgan und die „Ausklärung“ der Verwaltung. Am Schluß heißt es dann:

„Die Reaktion des „Deutschen Metallarbeiters“ haben wir folgende Antwort gegeben: In Nr. 29 finden wir unter der Rubrik Aus dem Verbandsgebiet einen Beitrag, welcher sich besonders mit den Verhältnissen auf unserm Walzwerk Blümchen beschäftigt. Als außerordentlicher Leser Ihres Blattes haben wir natürlich sofort unseren Nachreichen, neuen Arbeiten ein Gelegenheit ins Haus gesandt in Gestalt des beilegenden Flugblattes. Wir erwarten von Ihrer Gerechtigkeitsliebe, daß Sie bald Anlaß nehmen, in Ihrer Zeitung zu erläutern, daß Sie über die Verhältnisse auf Blümchen der Hauptbericht nach falsch berichtet seien — umso mehr, da Ihre Verbandsfassungen die Pflege eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitern vorschreiben.“

Eschweiler Blümchen, den 22. Juli 1907.
Eschweiler-Köln Eisenwerke, Aktiengesellschaft
Hengstenberg.“

Nach dem Erstellen des Artikels in unserem Organ waren die Arbeiter in einer Begeisterung, daß einmal die Misstände öffentlich aufgedeckt würden, haben aber zum größten Teil die so notwendigen Konsequenzen nicht gezogen. Anstatt sich der Organisation anzuschließen und mitzuarbeiten an der Verbesserung ihrer Lage, sind die Arbeiter infolger Gebrechen und haben ruhig zugesehen, wie ihre Lage mit jedem Tage schlechter wurde.

Umso besser scheint aber das Gegengestell des Herrn Directors auf die Arbeiter „zu Ihrem eigenen Schaden“ eingewirkt zu haben. Wenn schon ein ehemaliger Beamter sich dazu aufrafft, an die Deutlichkeit zu treten und sich über das Lohnverhältnis seiner früheren Kollegen beklagt, wie muß es da erst mit der Arbeiterschaft aussiehen. Jeder Beamte und Arbeiter wird auf Blümchen nach seinen Leistungen bezahlt. Ob die Arbeiter denn ein Recht haben, mit zu entscheiden, wie hoch die Leistungen eines Arbeiters gehen, oder entscheidet darüber nur die Direktion? Ein Meister mit 2,60 Mark Schichtlohn konnte in den Listen nicht entdeckt werden, gibt aber schon halbwegs zu, daß dieser Meister vermutlich ein invalider Schweizer sei, den man wegen seiner Bruthit und Unstetigkeit einen Ausseherposten übertrug. Hieran sieht man an allerbesten, daß System in der Sache liegt. Die Direktion scheint keine Meister, aber wohl Ausseher oder Antreiber notwendig zu haben, oder hat dieser die Jugendabteilung zwischen 14 und 16 Jahren unter seiner Obhut. Gerade dieser „Invalide“ Schweizer ist der lebendige Beweis, daß die Arbeiter im Stunde der Direktion nach Leistungen bezahlt werden. Dieser Schweizer hat in früheren Jahren pro Schicht seine 8-9 Mark verdient, und zum Dank für seine langjährigen treuen Dienste wird er als Invaliden erklärt, und weil er so brav ist und nimmt dieses Geduldig hin, wird er Ausseher mit einem Jahresgehalt von 1355 Mark. Damit ist aber noch lange nicht bewiesen, daß dessen Schichtlohn mehr als 2,60 Mark beträgt, denn die Berufsgenossenschaft frägt nicht danach, wie viel Schichten gearbeitet wurden, sondern wieviel verdient wurde. Wenn einmal die Überleichtungen und dazu die Antreiberprämien verrechnet wurden, dann ist es leicht möglich, den von der Direktion angegebenen Lohn herauszuschlagen.

Aber nicht allein auf Blümchen, sondern auch auf den Abteilungen Aue und Hasselt werden die Arbeiter „noch Leistungen“ bezahlt. Auf der Abteilung Hasselt wurde den Arbeitern ein Lohnabzug von 10 Prozent zugeteilt und in den letzten Tagen wieder ein solcher von 7 Prozent. Ob der Herr Director im Ernst beabsint will, die Leistungen der Arbeiter seien um 17 Prozent niedriger einzuschätzen wie früher. Die Arbeiter der Abteilung Hasselt können sich in etwa freilen, weil nach Aussage des Herrn Directors Hengstenberg auch die Arbeiter der übrigen Abteilungen nach ihren Leistungen mit einem Abzug bedacht werden sollen. Der Herr Director befürchtet nur, wenn dieselbe generell durchgeführt wird, die Aufzegung würde zu groß werden.

Wie lange wird die Arbeiterschaft es noch ruhig ansehen, wie ihre Leistungen nur allein von der Direktion einseitig abgeschätzt werden, diese Schätzungen aber immer geringer werden, sodass eine anständige Bezahlung nicht mehr herauskommt. Arbeiter von Eschweiler, lasst das Gegengestell, welches der Director Hengstenberg im vorigen Sommer in eure Wohnungen gestreut hat, nicht so lange auf euch einwirken, denn es untergräbt mehr und mehr eure Gesundheit! Schon oft ist der Ruf an euch erstanden, der Organisation beizutreten, um eure Lage zu verbessern. Wie lange noch wollt ihr zögern, oder wollt ihr noch immer mehr von diesem „Gegengestell“ ernehmen. Denkt an die Erfolge, die ihr früher durch die Organisation zu verzeichnen habt. Zum die Verfehlung muß auf die Dauer mit der organisierten Arbeiterschaft rechnen, wohingegen die Unorganisierten ihrer Missstelle präzise gegeben sind. Darum, ihr Metallarbeiter von Eschweiler, ergriff die dargebotene Brüderhand und tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband. Nur Einigkeit macht stark.

Berlin. Neben „christlichen Gewerkschaften und Deutscher (soziald.) Metallarbeiterverband“ referierte der soziald. Metallarbeiterverbandes Herr Wurtschitl in einer Berliner Werkstattversammlung, welche am 10. November stattfand. Unser Kollegen ist bekannt, daß die über circa 30 freigestellte Beamte berücksichtigt werden sollten. Drei von ihnen sind momentan einen Arbeitsplatz gefunden und waren dem

Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes in seinem Versammlung das Wort ertheilt werden durfte. Doch am 4. August d.s. Je. betrieß sich der Beamte Heppmann in einer Werkstattversammlung auf diesen Beschluss und bestonte, daß unser Berliner Verbandsbeamte nicht zu Wort kommen dürfe. In diesem Beschluss charakterisiert sich die ganze Habsucht der sozialistischen Ideen und die Angst vor der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Inbet, unser Berliner Kollegen sorgte dafür, daß den Präsenzhelden ihres Handwerks, die Verleumdung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, etwas eingeschränkt wurde. Es war dem „Genossen“ nicht mehr möglich, eine Versammlung abzuhalten, ohne daß ein ausladendes Flugblatt von Seiten unseres Verbandes den Versammlungsbefehl in die Hände gebracht wurde. Das die Wit barob auf jener Seite eine große wurde, ist begreiflich. Wiederholte machte sich diese im „Vorwärts“ Lust.

Diese Art der Abwehr unsererseits war denn auch unter anderem die Ursache, daß die Arbeiter der Firma Stahl u. Sohn, an ihre soziald. Ortsverwaltung die Klusforderung richteten, in Gegenwart unseres Verbandsvertreters die gegen den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aufgestellten Behauptungen zu widerlegen. So kam die oben erwähnte Versammlung am 10. Nov. mit dem schon bezeichneten Thema: „christliche Gewerkschaften und Deutscher Metallarbeiterverband“ zusammen. Was Herr Wurtschitl da in einer Stunde zusammengebracht hat, war geradezu mitterregend. Sein Vortrag bestand in einem Nachbetrachten tausendmal vorgetragenen Blättern niedrigster Sorte, persönlichen Beschimpfungen und Verdächtigungen. Dies einige Brocken:

„Es gibt keine christlichen Unternehmensverbände, beschäftigen wir auch keine christlichen Gewerkschaften; der Hunger macht keinen Unterschied zwischen den Eingetriebenen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften sind von der Kirche, von den Pfosten und der Christuskirche gegründet, um in den nächsten Gegenden die Arbeitermassen als willige Ausbeutungsobjekte zu behalten. In den Schulen wird den Kindern zuerst Religion gelehrt, aus diesem Grunde ist die Waffe so bedrohlich. Auch die Kirche ist eine aus Ausbeutung beruhende Einrichtung, welches durch Verneigung von Blättern, Zahlung für Taufen und Begegnisse bewirkt wird. Die christlichen Gewerkschaften sind aus Streitbrecherklanen entstanden. Die freien Gewerkschaften seien nicht religiösfeindlich und sozialdemokratisch. Wo die christlichen Gewerkschaften sich praktisch betätigten, geschehe es als Streitbrecher.“

So Herr Wurtschitl. Das übrige bestand in oben, persönlichen Schimpfereien gegen den anwesenden christlichen Verbandsvertreter. Weit et nicht der anwesenden unorganisierten und sozialdemokratischen Verbänden wegen ratsam gewesen, dem verzapstem Blatt entgegen zu treten, dann hätten wir das Gerede unverzüglich gelöscht. Aber so mußte es geschehen, und zwar recht gründlich. Herr Wurtschitl hat uns dabei erfreut, wenn er so haarscharf und unwillkürlich ist über die christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wurtschitl ist ein breitäugiger robuster Mann, hat wohl für Essen und Trinken, aber nicht zum Tenzen Beruf. Folgende Verse treffen für ihn zu:

„Vielen Dank
Muß sein armer Kopf entgelten;
Weil er Lust und Kopfverlust hat,
Trinkt er gern und denkt nur selten.
Stark wie er gebildet kein Range
In den ostelbischen Gauen,
Festes Fest breite Knie
Beigen den Beruf zum Feuern.“

Ja, zum Rauen und sogar zum Krebskauen dazu hat er Beruf. Aber Wurtschitl ist nicht der einzige, auf den dies zutrifft, die soziald. Berliner Ortsverwaltung hat eine ganze Reihe ähnlicher Exemplare. Wir wünschen diesen armen Typen nach dieser Charakterisierung laufen lassen, hätte er nicht so unverschämt Augen und Verdächtigungen gegen die christlichen Gewerkschaften verübt. Er sprach von Streitdruck und entrüstete sich heuchlerisch, als ihm eine Rolle von Streitdrücken und noch Schlimmerem, welches von seinen eigenen Verbandsbeamtenkollegen mit teuflischer Verehrung ausgeführt, vorgetragen wurde. Mit eiserner Stirn leugnete er alles rundweg ab. Im Nachfolgenden zitiere ich aus dem Gedächtnis eine Anzahl der schlimmsten Liebkeiten, welche von Beamten des soziald. Metallarbeiterverbandes in den letzten paar Jahren an die Arbeiterschaft begangen wurden:

Nr. 1. Gelegentlich des 16wöchentlichen Formtarifkampfes 1905 in Velbert hat der soziald. Metallarbeiterverband mit Wissen seiner Beamten Wallbrecht, Südbel und Haas Streitbrecher gestellt. Beweis: Gerichtsverhandlung gegen genannte Beamte, die am 21. Nov. 1905 in Velbert stattfand.

Nr. 2. Gelegentlich des Velberter Streiks suchte der Beamte Sendler des soz. Verbandes Streitarbeit bei der Firma Stipper u. Schmidt in Wals bei Solingen unterzubringen. Als Belohnung für diese erbärmliche Tat verlangte er von dem Unternehmer eine Provision. Beweis: Gerichtsnotizfest, daß die soziald. Beamten seit 1100 ihrer eigenen Mitglieder so um den Erfolg des 16wöchentlichen Kampfes in Velbert gebracht haben. Damals behaupteten sie aber, daß der christl. Metallarbeiterverband der Schuldige sei.

Nr. 3. Gelegentlich des Solinger Streiks haben Hauptvorstand, Bezirksleitung und Ortsbeamten ein Vorgericht gegen die Arbeiter bestellt, das als Verbrechen bezeichnet worden ist. Beweis: Gerichtsverhandlungen von Solingen und Oberfeld 1908.

Nr. 4. Gelegentlich des Berliner Höhleger-Tarifkampfes 1908 hat die Berliner Ortsverwaltung Quertreibereien getrieben, die in der Urteilsbegründung als Verbrechen bezeichnet wurden. Beweis: Gerichtsverhandlung Berlin Oktober 1908.

Wir beginnen und mit diesen Rücksichten die offiziellen Metallarbeiterverbände vorgekommen sind, obwohl wir in der Lage wären, noch eine ganze Reihe anderer Schandtaten anzuführen. Herr Wurtschitl, der die Osten hatte, die christliche Gewerkschaftsbewegung als Streitbrecherorganisation zu kennzeichnen und die gegen jenem Verband

auf kleinen Gebrauchungen in der Versammlung zu legen, mög. so oft auch öffentlich einmal den Besuch machen, dies in Verbot zu stellen.

Für die vorstehende Metallarbeiterföderation kann auf Grund einer solchen Täglichkeit unserer sozialistischen Gegner keine andere Organisation als der christliche Metallarbeiterverband in Frage kommen. J. M.

Lippstadt. Mit dem Einsehen der Krise im vergangenen Frühjahr wurden auch auf der hiesigen Westfälischen Metallindustrie die Arbeiter mit dem beliebten Mittel der Unternehmer, mit Lohnabzügen, bedacht. Allerdings suchte sich die Werkleitung die Betriebe aus, in denen die Arbeiter am schlechtesten organisiert waren. In den Betrieben, wo die Arbeiter geschlossen dem christl. Metallarbeiterverband angehörten, wurde nicht abgezogen. Allmählich änderte sich das Bild, die Konjunktur flaule immer mehr ab. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden verkürzt. Arbeitentlassungen wurden vorgenommen, d. h. nicht in größerer Zahl, sondern einzeln, einer nach dem andern. Die Behandlung in der Fabrik setzte der Meister usw. ließ auch zu wünschen übrig. Wurden früher die Arbeiter bei der Aufsichtsfeststellung mitgehört und so in gegenseitiger Aussprache die Preise festgesetzt, so hielt es jetzt selten der Meister: „Wenn der Preis nicht passt, der kann gehen.“ oder „die und die Sachen müssen jetzt so um so viel billiger gemacht werden, es kommt ein großer Auftrag, wenn wir dieselben um soviel billiger gemacht bekommen.“

Die Arbeiter stimmten in Abetracht der schlechten Konjunktur dem Vorschlag der Werkleitung zu, aber der erwartete große Auftrag blieb aus. Daburch hat sich bei den Kollegen die Meinung gebildet, daß die Leute von den großen Aufträgen sei nur eine Vorstiegung gewesen, um die Presse zu berücken. Nun, es steht fest, daß in den einzelnen Abteilungen und an einzelnen Sorten den Kollegen Abzüge bis zu 30 Prozent zugemutet wurden. Wenn dieses dem Betriebe nun nicht in voller Umfang gelungen ist, so haben die Kollegen dieses ihrem Zusammenhalten in der Organisation zu verdanken.

Aber in der letzten Zeit waren die Dinge nun doch etwas zu stark geworden, und hielten wir eine Werkstattbesprechung ab. Unser Bezirksleiter legte an der Hand eines reichen Materials die Sachlage klar. In der Diskussion beklagte sich bezeichnenderweise ein unorganisierter, daß ihm einfach von der Werkleitung gelegentlich einer Beschwerde die Tür gezeigt wurde. Ein Mitglied des jzg. Metallarbeiterverbands aus der Dreherei des Werkes führte aus, daß in ihrer Abteilung keinerlei Sanktionierungen vorkamen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß unser Bezirksleiter bei der Firma vorstellig werden sollte. Dieses geschah. Die Art und Weise, wie der Direktor Herr Windmöller hier austrat, spottet jeder Beschreibung. „Was meine Arbeiter verdienst sollen, bestimme ich,“ das war seine stereotypen Redensart, von anderen Schachmachereien ganz abgesehen. Dass die Löhne durchaus ungünstig sind, geht aus folgender Darstellung unzweifelhaft hervor.

Ein Arbeiter verdiente in einer 14 tägigen Lohnperiode 18,00 Mk., ein anderer 28,00 Mk., ein dritter 30,42 Mk. Der letztere ist dazu noch ein älterer Arbeiter. Wenn die ersten auch jüngere Arbeiter sind, so steht dem gegenüber doch die Tatsache fest, daß sie juzusagen auch leben müssen. Wie man nun aber in Lippstadt mit 9 Mk. in der Woche existieren kann, ist vorläufig noch Geheimnis der Westf. Maschinenindustrie. Wenn man nach Ansicht der Westf. Metallindustrie mit vorgenannten Löhnen auskommen kann, dann wäre es aber auch richtig, den Arbeitern eine Abweisung zu geben, wie es anzusagen ist, mit einem solchen Lohn sein Leben zu fristen. Dass das Werk sehr wohl in der Lage ist, auskömmliche Löhne zu zahlen, geht aus dem Geschäftsbericht hervor:

„Westfälische Metall-Industrie, U.-G. in Lippstadt. Während bis zum Oktober des Jahres 1907 die Umsätze weiter stiegen, machte sich von da ab der Rückgang geltend, indem zuerst die bestellten Waren langsam abgerufen wurden, später auch die Bestellungen spärlicher eintrafen. Die Folge sei Anschwellen der Lager gewesen. Dem Rückgang der Rohstoffpreise sei bei der Bewertung genügend Rechnung getragen und auch die Abschreibungen möglichst hoch bemessen worden; diese bestehen sich jetzt auf 335 284 Mk. bei 684 792 Mk. Anschaffungswert. Der Neingewinn beträgt nach 49 934 Mk. (i. W. 50 657 Mk.) Abschreibungen und 20 000 Mk. Rücksage (20 658 Mk.) für zweifelhafte Außenstände 58 685 Mk. (80 255 Mk.). Daraus gelangen 7 Proz. (10 Proz.) Dividende auf 600 000 Mk. Aktienkapital zur Verteilung. Die Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahre seien bis jetzt befriedigend.“

Auf der einen Seite fortwährend Tätigkeiten der Werkleitung, die Arbeiten billiger zu machen, auf der anderen Seite die Mitteilung, daß das Werk mit dem Geschäftsergebnis zufrieden sei. Müssten sich die Herren Aktionäre für ihre anstrengende Tätigkeit einen Lohnabzug von 2 Proz. gefallen lassen, so müssten die Arbeiter nur 10 bis 15 Proz. zu verzeihen. Zweifellos gerecht nach Ansicht der Unternehmer. Wir müssten aber einen gerechten Vorschlag. Da die Westf. Metallindustrie resp. deren Werkleitung sich immer auf ihr soziales Verhältnis etwas zu gute tut, so

wäre der Vorschlag angebracht, die Folgen der Krise gleichmäßig auf beide Faktoren, Aktionäre und Arbeiter, zu verteilen. Vielleicht wäre es auch ganz gut möglich, daß die Herren Aktionäre sich mal ein Jahr ohne Dividende oder mit 3-4 Proz. begnügen. Mehr soll es in Sparkassen auch nicht geben. Damit könnte die Werkleitung ihr soziales Verständnis durch die Tat beweisen.

Arbeiter und Arbeiterrinnen der Westfälischen Metallindustrie hinein in die Organisation. Nur diese kann auch einen Tarifvertrag bringen, der in Eurer Branche ganz gut möglich ist. Denkt daran, daß in gleichartigen Fabriken an anderen Orten längst Tarife abgeschlossen sind. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Und drängt der Winter noch so sehr

Mit trostigen Gebärden,

Und freut et Eis und Schnee umher,

Es muss doch Frühling werden.

Zu, Frühling wird es auch noch einmal für die Arbeiter der Westf. Metallindustrie in Lippstadt. Aber nur dann, wenn wir mit Nachdruck unseren Verband ausbauen.

Pforzheim. Bei der Firma Bauer (Ringfabrik) arbeitele unserer Kollege M. als Fasser im Altvordlohn. Fortwährende Versuche der Firma, die Stückpreise zu reduzieren, veranlaßten ihn, die Entlastung einzureichen. Während der Stundenzugzeit erhält M. eine Anzahl Münzen zum Fassen, für die es bisher 25 Pfennig gegeben, die er auch schon selbst erhalten hatte. Jetzt wollte die Firma aber nur noch 20 Pfsg. geben. Als M. sich weigerte, sie dafür zu machen, erklärte der Firmeninhaber lachend: „Sie bekommen überhaupt keine Arbeit mehr, machen Sie, dass Sie zum Teufel kommen.“ Und Kollege M. wurde sofort entlassen.

Auf Grund der Vorconvention wurde eine Fasserversammlung abgehalten, wo ausdrücklich konstatiert wurde, daß für die besagte Sorte von Ringen 25 Pfenni. gezahlt worden seien. Ein Mitglied vom freien Verband nahm hier den Mund besonders voll und sagte, es hätte früher sogar 30 Pfsg., dann 25 Pfsg. gegeben, und er könne das bezeugen. Unser Mitglied M. stellte nun am Gewerbericht auf den rückständigen Lohn und Entschädigung für acht Tage der nicht eingehaltenen Kündigungszeit. Vor dem Gewerbericht fiel der als Zeuge gesuchte Genosse aber schmälerlich um und sagte das Gegenteil von dem, was er in der Versammlung so siegesbewußt behauptet hatte. Infolgedessen und nach dem Eid des Firmeninhabers blieb unser Kollegen nichts anderes übrig, als seine Klage betreffs Entschädigung wegen unbefugter Entlassung zurück zu nehmen. Er erhält nur seinen restierenden Lohn.

Neben dieser hammervolle Haltung des „Genossen“ waren seine eigenen Verbandskollegen nicht wenig erstaunt. Auch der Beamte vom „freien“ Verband, der die Fasserversammlung geleitet hat, wird auf diesen Anhänger jedenfalls nicht besonders stolz sein. Es ist auch geradezu unglaublich, wie ein Mann in ein paar Tagen zwei solch verschiedene Aussagen machen kann. Unsere Kollegen sind aber wiederum um eine Erfahrung reicher, was sie von Frau und Glashütte jzg. Verbänden zu halten haben. In Zukunft heißt es noch mehr: Frau, schau, wie!

Neustadt a. d. H. Die bevorstehende Gewerberichtswahl in Neustadt, sowie die Verleumdungen und Verdrehungen von Seiten der christlichen Gewerkschaften gaben Anlaß, die Taktik der Gegner in einer Versammlung etwas näher zu beleuchten. Es handelte sich in Mühlbach am Sonntag, den 15. November, eine öffentliche Versammlung statt. Zu dieser waren auch die Genossen zahlreich erschienen. Kollege Herrling-Mannheim schilderte an der Hand statistischen Materials die Bedeutung der Gewerberichte und erntete reichen Beifall. Des weiteren sprach Kollege Samstag-Mannheim über christliche oder sozialdem. Gewerkschaften. Die Genossen, die beim ersten Thema anscheinend schließen, befanden jetzt ihr Wachlein, indem sie ihre Bildung (?) und Schulung (?) durch störende Zwischenrufe und Trampeln mit den Füßen zum Ausdruck brachten. Die Gemütsruhe, die klaren verständlichen Worte des Referenten brachten die Genossen so in Paroxysmus, daß der Vorsitzende öfters auf das Hausrat machen musste. Das alte Sprichwort: „Ein Schlag mit der Zunge, der das Herz trifft, ist wirksamer als viele Prügel“ hatte auch hier seine Wirklichkeit. Kollege Samstag schloß mit den Worten: „Haltet fest und treu zur Fahne!“ was die Kollegen durch ihren Beifall bestätigten.

Um aber den christlichen Organisierten zu zeigen, daß die Sozialdemokratie wirklich in der Lage ist, manchem Arbeiter das „schwere Foch abzunehmen“, sei folgender Vorfall wieder gegeben: Auf dem Nachhauseweg überstießen nämlich zwei Anhänger der Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit den im christl. Metallarbeiterverband organisierten Schlosser Josef Hardt. Die Wegelagerer sind auch zwei Genossen, welche an der Spitze der sozialdem. Gewerkschaften sowie Partei in Neustadt a. d. H. stehen. Genosse Georg Schneider warf unsren Kollegen einige Male zu Boden, während Genosse Joh. Sauer durch Hiebe auf unsren Vertrauensmann seinen Stock entzweischlug. Dem Betreffenden ist dadurch einige Wochen das „schwere Foch“, nämlich die tägliche Arbeit, abgenommen, da der Misshandelte arbeitsunfähig wurde.

Es ist das schändlichste Vermischzeugniß für die Genossen, daß sie sich in der Versammlung nicht verteidigen könnten, sondern nachher durch rohe Gewalt ihre Idole verfehlt wollten. Das sind die Früchte der „Bildung und Erziehung“ im roten Lager. Unständige ehrliche Menschen haben dafür nur ein Punkt zu thun übrig.

Wenn die Genossen aber vielleicht glauben, mit solchen Dingen den christl. Gewerkschaften schaden zu können, sind sie schwer auf dem Holzweg. Sie werden eher das Gegenteil erreichen. Durch solche Vorgänge werden die Leuten und Lässigen in unserem Lager ausgepeitscht, an ihre Pflichten als christlich gerührte Arbeiter erinnert. Und fester und einigermaßen die christlich organisierten Arbeiter nachher. Die vielen gleichgesinnten Kollegen im hiesigen Bezirk, die uns bis heute noch fernstanden, werden sich an sich selbst versündigen, wenn sie angesichts solcher „Eldentaten“ der Sozialdemokraten unzügig absatzschlagen bleiben. Dorum jetzt alle hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Unser misshandelter Kollege wird jetzt den schlagfertigen „Genossen“ an Gerichtsstelle zeigen, daß die Gegenseite in der Arbeiterbewegung nicht durch Überfälle und Misshandlungen auszutragen sind. Mit Gegnern, die ihrem Kanalismus auf solche Weise die Regel schließen lassen, können und dürfen die christl. Arbeiter auch teile Rücksicht haben. Das wäre die Selbstverleugnung wirklich zu weit getrieben.

Kassel. Ehr verbesserungsbedürftige Zustände herrschen im hiesigen städtischen Elektrizitätswerk. Soviel die Lohnverhältnisse wie auch die Behandlung lassen manches zu wünschen übrig. Die Löhne stehen zu den sonst in Kassel üblichen Löhnen recht weit zurück. Der Ansangslohn beträgt 3,75 Mark pro Tag für die Maschinisten, steigt alle drei Jahre um 25 Pfsg., bis zum Höchstlohn von 4,75 Mark. Dabei auch noch 12stündige Arbeitszeit. Über die Behandlung seitens eines Maschinisten steht die Arbeit berechtigten Grund zum Klagen.

Offen gestagt, sind die Arbeiter an diesen Verhältnissen zum größten Teil selbst schuld. Sie wollen es anscheinend nicht besser, sonst hätten sie schon längst den Weg der Selbsthilfe beschritten. Aber sie leben stumpfnärig in den Tag hinein, von der Organisation haben sie bis heute nichts wissen wollen. Dafür haben sie auch kein Recht, sich über diese traurigen Zustände zu beklagen. Hoffentlich werden sie aber dennoch einmal zur Bestrafung kommen und sich zur Tat aufzutun, d. h. sich Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen. Dann haben sie ein Mittel in der Hand, um gegen die Missstände in ihrem Arbeitsverhältnis mit Erfolg vorzugehen.

Grevenbrück. Eine gutbesuchte Versammlung am Samstag, den 14. November hat gezeigt, daß auch in unserer Zahlstelle noch Hoffnung auf eine bessere Weiterentwicklung vorhanden ist. Lange Zeit war der Versammlungsbesuch sehr schlecht und das innere Vereinsleben äußerst mangelhaft. Hoffentlich wird es dem neu gewählten Vorstand gelingen, neues Leben in die Pude und die Sache des Verbandes weiter zu bringen. In der Versammlung am 14. November hielt Kollege Giers (Stegen) einen lehrreichen und begeisterten Vortrag, der mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Die Verhandlungen in München wurden dabei besonders hervorgehoben, ebenso die jetzige Situation in der Metallindustrie.

Als praktisches Resultat der schön verlaufenen Versammlung soll nunmehr eine planmäßige Hausagitation abgehalten werden. Wir fordern alle Kollegen auf, hierbei mitzuwirken und nicht zu rasten und zu ruhen, bis wir unserem Verband eine große Zahl neuer Mitglieder zugeführt haben. Die christlichen Metallarbeiter von Grevenbrück müssen jetzt einmal durch die Praxis zeigen, daß sie es verstehen, ihre Sache hochzuhalten und unermüdlich weiter auszutragen.

Ahlen. Westf. Mit wiettel Widerwärtigkeiten will hier zu kämpfen haben, ist den Kollegen allgemein bekannt, daß aber aus unseren eigenen Reihen Wideracher kommen würden, hätten wir nicht möglich gehalten. Zur Auflösung wollen wir die Dinge der Reihe nach entwickeln. Der zweite Vorsitzende unserer Gruppe, Kollege Mensel, erkannte und stellt am selben Tage den Antrag, die Ortsgruppe möge ihm die Krankenunterstützung vom ersten Tage an ausbezahlen. Der Vorstand stimmt nach Prüfung der Sachlage zur Ablehnung des Antrages. Daraufhin erklärte Mensel und der Schriftführer Strohtmeier ihren Austritt. Mensel hat schon 40 Mk. Unterstützung und Strohtmeier 118 Mark Krankenunterstützung bezogen. Uns war es recht lieb, daß die beiden gingen, sie ersparten uns das Herauswerfen. Arbeiter, die sich lediglich bei Unterstützungen wegen organisieren, sich nachher an Vorstandsstonen herandrängen und für sich etwas Besonderes herauszusagen wollen, den Verband als mellende Kuh betrachten, werden im christlichen Metallarbeiterverband niemals ihre Rechnung stünden. Kassenarbeiter können wir nicht brauchen.

Nach dieser mehr wie unmöglich Handlungswelle versuchte Herr Mensel auch noch anderen Kollegen den Verband zu vereinigen. Hier ist er nicht ganz angekommen. Die wichtigste Versammlung, in der unser Bezirksleiter anwesend war, beschloß einstimmig, die beiden im Verbandsorgan zu veröffentlichen, um damit der Öffentlichkeit zu zeigen, was für Gesetzesbrecher Mensel und Strohtmeier sind.

Arbeiter, Kollegen von Ahlen, bedenkt, daß diese Leute sich auf Kosten ihrer Mitkollegen vereichern wollen. Herr Mensel war auch derjenige, welcher durch Ohrenbläser die Kollegen der Organisation abspenstig machen wollte. Mensel ist auf die Sache gekommen, und seine Beschuldigungen vor den Kollegen zu hertreten, nicht erschien. Ein solches Gebähren rächt sich selbst. In alle anständigen Arbeiter, die es ehrlich mit der Besserung ihrer Lage meinen, richten wir die dringende Mahnung, tritt ein in den christlichen Metallarbeiterverband. Hier ist der eine so viel wie der andere. Hier herrscht Solidarität und Gerechtigkeit.

Aus Bayern. Zum Uebertritt der bayerischen Hüttenarbeiter-(Staatsbetriebe) in unseren Verband. In Nr. 48 unseres Organs ist die nun erfolgte Zentralisation des bayerischen Salinen- und Hüttenarbeiter-Verbandes besprochen worden. In Nordbayern haben sich die Kollegen genannten Verbandes als neue Wahlstellen in Bodenwörth und Welschhammer unserm Verbande angegliedert. Ebenso sind die am Umberger Hochofen beschäftigten Kollegen zum guten Teil in unsere Ortsgruppe eingetreten.

Die Arbeitsverhältnisse drängen auch hier allein schon zur Organisation. Selbst solche Arbeiter, die sich mit sorglosen Mienen auf die bekannte Nebensort beriefen: "Ich habe keine Organisation notwendig, ich habe zeitlebens Pwo", wurden durch die leichten Erfolge eines besseren belehrt. Im Umberger Hüttenwerk bringen betriebsbedürftige Veränderungen andersgeartete Arbeitsmöglichkeiten. Bei dieser Gelegenheit wurde zirka 100 Bergleute anhant gestellt, in anderen Orten (St. Ingbert, Mittelbergbach, oder Weissensberg) in den Kohlenbergbau zu gehen oder zu blieben. Um die Wirkung dieser Maßnahme zu verstehen, muß man bedenken, daß manche Arbeiter ein kleines Häuschen besitzen und so auf diese oder ähnliche Art mit dem Boden verwachsen sind. Wer hätte da einmal daran gedacht, Umberg verlassen zu müssen? Durch Vermittlung des parlamentarischen Vertreters Umbergs wurde diese rigorose Maßnahme gemildert, so, daß nach einiger Zeit die Arbeiter wieder zurück nach Umberg kommen, Mitglieder der Knappenhärtkasse bleiben und in jüngster einen monatlichen Familienzuschuß erhalten bis zu 25 M.

Der Tätigkeit der Arbeiter-Ausschüsse sind auch hier zu enge Grenzen gezogen. Wird über solch tiefeinschneidende Maßnahmen nicht eingehend mit dem Arbeiter-Ausschuß unterhandelt, dann bleibt der bekannte Sach, "Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein", eine leere Phrase. Wird jedoch die Frage, die den "freien Arbeitsvertrag" betrifft, von oben herab diktirt, dann ist es dasselbe, ob dies auf den Herrn im Hause Standpunkt des Privatunternehmers oder auf Beamtewillkür zurückzuführen ist. Es darf hierbei betont werden, daß in einem ähnlichen Werk der Oberpfalz (Staatsbetrieb) der Arbeiter-Ausschuß höher eingeschätzt wird.

Eines verdient bei dieser Gelegenheit noch der Erwähnung. Kurzlich blieb in Amberg an einem Samstag für eine Abteilung der für 14 Tage fällige Lohn aus. Erst Dienstag war Lohnstag. Ursache war die Beurlaubung eines Meisters wegen eines Sterbes. Wäre nun der Meister bis Weihnachten an seiner Dienstleistung verhindert gewesen, dann hätten die Arbeiter bis dahin warten müssen, oder — die Auszahlung wäre ohne den Meister erfolgt. Das letztere wäre bei etwas mehr Rücksichtnahme auf die Arbeiterschaft wohl auch hier möglich geblieben.

Zwei von Gesichtspunkten allgemeiner Natur, zeigen auch solche Stichproben, daß sich jeder denkende Arbeiter der Organisation anschließen muß, wenn er seine Standesinteressen mit Nachdruck vertreten will. Deshalb sollen in den bayerischen Staatsbetrieben, bis auf den letzten Mann hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband,

Soziales.

Gegen die Tabaksteuer-Vorlage.

In einer lebhaften Abwehrbewegung stehen gegenwärtig aller Orten die Tabakarbeiter gegen die von der Regierung geplante Tabaksteuer auf Zigarren usw., die 97 300 000 M. abwerfen soll. Die letzte Erhöhung der Steuer auf Tabak hatte zur Folge, daß rund 15000 Arbeiter brotlos wurden. Heute schäzen Fachleute die zu erwartenden Arbeitslosen bis zu 50 000. Die Regierung selbst rechnet mit 10 Prozent Konsumrückgang, was rund 20 000 Arbeitslose geben dürfte. Man sieht daraus, wie sehr diese Frage die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter berührt. Auch mit den "sozialen Gesichtspunkten", mit denen die Regierung die Steuer schwach machen will, ist es nichts. Wenn es auch schon liegt, daß Zigaretten im Werte bis zu 7 Pf. 4 und 8 M. Steuer für 1000 Stück zahlen sollen, während die teureren Sorten mit 16, 32, 44 und sogar 96 M. herangezogen werden sollen, so ist die Tatsache, daß 72 Prozent des gesamten Steuerertrages auf die Sorten bis zu 7 Pf. entfallen, der beste Beweis, wie die große Masse der Minderbevölkerung die Reise bezahlen muß.

Wie sehr auch das Schicksal der Tabakarbeiter von dieser Vorlage abhängt, geht daraus hervor, daß allein 85 Prozent der Gesamtzerzeugung auf Zigarren entfällt, die bis zu 6 Pf. kosten. In richtiger Erkenntnis dieser Gefahr, die in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung auch der Gesamtheit erwachsen müssen, haben zahlreiche Gemeindevertreter, Abgeordnete usw. sich gegen diese Steuer ausgesprochen. Auch die Fabrikanten sind lebhaft mit beweisstätigem Material in der Abwehr tätig. Nur fällt dabei auf, daß ihnen der Zentralverband deutlicher Importeure in den Rücken fällt. Auf seiner Generalversammlung sprach sich der bekannte Generalsekretär Guel dahin aus, daß die Fabrikanten die Last abwälzen könnten und bei Arbeitern könne dadurch zu Gewalt geführt werden, daß sie auch Pflichten gegenüber dem Staat hätten. Mit der Pflicht sehe man so keinen Arbeiter mehr. Diese bekannte Scharfmacheransicht, die im Arbeiter immer nur ein untergeordnetes Wesen sieht, richtet sich von selbst. — Mögen die Tabakarbeiter in diesem Range, von dem nie für ihre Zukunft abgängt, etwas haben.

Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Am Sonntag, den 1. November tagte in Breslau eine Konferenz der Krankenkassen Schlesiens, um zu den "Reformplänen" im Versicherungswesen Stellung zu nehmen. Vertreten waren 163 Ortskrankenkassen mit 238 551 Mitgliedern und 6 Betriebskrankenkassen mit 8282 Mitgliedern. Außerdem hatten auch der Ortskrankenkassenverband für Oberschlesien und die beiden Breslauer Krankenkassenverbände ihre Vertreter entsandt. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige im großen Saale des Konzerthaus Breslau tagende Konferenz der schlesischen Krankenkassenvorstände erklärt sich im Prinzip für diejenigen Grundätze der Ideale unserer Arbeiterversicherung, die der am 19. Mai d. J. in Berlin Krankenkassentagtag ausgestellt hat. Als Mindestforderung an die Reform der Krankenversicherung wird ausgestellt ihre absolute Zentralisation durch Errichtung nur einer Hauptkrankenkasse, die sich in der Regel und mindestens auf den Bezirk eines unteren Verwaltungsbereichs zu erstrecken hat. Materialrechtlich werden als Mindestforderung für die Krankenversicherung aufgestellt a) Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, das heißt einschließlich der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, der Heimarbeiter, der Haushaltsgewerbetreibenden, und Dienstboten, sowie auch der kleinen Unternehmer bis zu einem Arbeitserlösen von mindestens 8000 Mael. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen muss mit dem der Invalidenversicherung übereinstimmen. b) Eine Erweiterung der Mindestleistung der Krankenversicherung im Rahmen des § 21 des Krankenversicherungsgesetzes und vor allem Einziehung der Familienversicherung als Mindestleistung.

Die heutige Konferenz der schlesischen Krankenkassen wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die vorgeschlagene Abschaffung der Kassenbeiträge zu dem Zweck einer paritätischen Gestaltung der Vertretung und ebenso gegen die Einsetzung eines sogenannten unparteiischen Vorsitzenden.

Die Konferenz erklärt hierbei jeden Eingriff oder jede Veränderung der heutigen Selbstverwaltung als eine Gefahr für die Krankenversicherung und ihre Weiterentwicklung.

Beachtenswert sind die Aussführungen des Rechtsanwalts Lemberg aus Breslau, der selbst Arbeitgeber ist, über die Verbehaltung der bisherigen Zweidrittel Mehrheit der Arbeiter in den Krankenkassen-Vorständen: "Den Arbeitern muss die Mehrheit in den Kassenvorständen gewahrt werden, denn sie sind mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit, die Arbeitgeber aber nur mit ihrem Geldbeutel an der Sache interessiert." Wieder einmal ein gesundes Urteil, aus den Nächten der Arbeitgeber über die so wichtige und für die Zukunft so bedeutungsvolle Organisation der Krankenkassen.

Der Entwurf des Arbeitskammergesetzes

ist dem Reichstag am 26. November zugegangen. Gegenüber der alten Vorlage enthält die heilige Fassung des Entwurfs wesentliche Verbesserungen. Die Ablehnung an die Berufsgenossenschaften ist fallen gelassen, das Handwerk ist mit einbezogen und statt des zuerst vorgegebenen komplizierten Wahlverfahrens ist geheime und direkte Wahl nach dem System der Verhältniswahlen festgesetzt. Wahlberechtigt sind beide Geschlechter, soweit das 25. Lebensjahr überschritten ist. Wahlbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die 1. das 30. Lebensjahr vollendet haben, 2. mindestens ein Jahr demjenigen Geburtsjahr als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammern errichtet sind; 3. diejenigen, die in dem der Wahl vorausgegangenen Jahre für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen haben. Die Mitglieder der Arbeitskammern werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Der jetzt vorliegende Entwurf enthält 45 Paragraphen und behandelt in 7 Abschnitten: 1. Die Errichtungsaufgaben bei Zusammensetzung der Arbeitskammern; 2. Wahlberechtigung und Wahlarbeit; 3. Wahlverfahren und Dauer der Wahlperiode; 4. Kostenaufwand; 5. Geschäftsführung; 6. Beaufsichtigung und 7. Schlufbestimmungen.

Wir werden den Wortlaut der Vorlage in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen und behalten uns eine nähere Befredigung derselben vor.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen des Feiertags in der nächsten Woche, Dienstag, den 8. Dezember, muß etwas frischer Redaktionsstoffs gemacht werden. Alle Zuschriften für die vorr. Nummer müssen bis Montag morgen hier sein. — Sollte g. i. in W. Artikel fehlen, so kommt in der nächsten Nummer zum Abdruck. — Sollte g. i. Einladungen fürs Organ müssen die Unterschrift des Verfassers und den Stempel der Ortsgruppe zur Beglaubigung tragen. Nichtsdestoweniger behält sich die Redaktion das Recht vor, auch Einladungen ohne Stempel aufzunehmen, wenn sie von bestimmten Kollegen kommen. Darin lassen wir uns keine Befreiungen machen.

Briefkasten der Verbandsleitung.

Kollege R. Gierlohn. Der Uebertritt von einer niederen Klasse in eine höhere oder umgekehrt, ist an keinem gebunden. Über die in solchen Fällen zu beobachtenden Unterstützungen wurde schon in Nr. 48 des Organs unter "Briefkasten" Auskunft erteilt.

Die Bekanntmachung von Anträgen im Briefkasten erfolgen deshalb öffentlich, damit alle Kollegen davon Notiz

nehmen sollen und somit der Centrale undige Correspondenzen erspart bleiben. Bitte die Notiz in Nr. 48 zu beachten.

Versammlungs-Kalender.

Obne zwingenden Grund wird ein pflichtbewohnter Gewerkschafter in keiner Versammlung fehlen.

Ahren-Westf. Dienstag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr öffentliche Versammlung bei Wiegards, Weststraße. Referenten: Centralvorsitzender Wieber-Duisburg und Bezirksleiter Weinbrenner-Hann.

Annen. Sonntag, den 6. Dezember, morgens 11 Uhr, im Lokal Carl Höpp, außerordentliche General-Versammlung mit wichtiger Tagessordnung. Referent: Baltes-Böhm.

Dortmund-West. Samstag, den 5. Dez. abends 5 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus Bischöflicher Vortrag (sibenden Inhalts). Die Frauen sind hierzu ebenfalls eingeladen.

Dortmund-West. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Erwertingmann.

Dortmund-West. Sonntag, den 6. Dez., nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Ahhoff. Die Unfallgefahr in den Industrieberufen und ihre Verhütung. Referent: Kollege Strell-Dortmund.

Duisburg I. Sonntag, den 6. Dezember, morgens 10½ Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung bei Herrn Lehmkopf, Völkner, 18.

Duisburg-Beeck. Sonntag, den 6. Dezember, morgens 11½ Uhr Mitglieder-Versammlung bei Müllersen.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr in Buchholz bei Möller.

Duisburg-Vaag. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr bei Jüttner, Gewerkschaftshaus, Mitglieder-Versammlung. Vortrag: Rückblick auf die Gewerbeberichtswahl.

Duisburg-Welderich. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Gieseramp. Referent: Bezirksleiter Broich-Düsseldorf. Frauen mitbringen. Die Morgen-Versammlung bei Stoppelmann findet aus.

Dürlach. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Lokal Tambäuhaus Monatsversammlung. Wegen wichtiger Tagessordnung vollzähliges Erscheinen notwendig.

Eisenach. Nächste Versammlung am 12. Dez. im Vereinstotal.

Eisen-Altenessen. Sonntag, den 6. Dez., vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokal Esser, Hammerstraße.

Essen (Kleingewerbe, Schlosser und Schmiede). Samstag, den 6. Dezember abends 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Verkehrsotal christlichen Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen (Elektromontiere). Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokal "Zur Stadt Elberfeld".

Essen-Borbeck-Schönebeck. Freitag, den 4. Dezember, gleich nach der Schule abends 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal Hausmann-Essenerstraße.

Essen-Berge-Borbeck. Sonntag, den 6. Dezember, Mitglieder-Versammlung im Lokal Voortmann, Hochstraße.

Essen-Steele. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal Honigs, Chausseestraße.

Essen-Nord-Ost. Sonntag, den 6. Dezember, abends 11½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Buchner, Hobeisenstraße.

Essen-Dellwig. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal Fossati, Sternstraße.

Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Buchner, Hobeisenstraße.

Essen-Barmen. Nächste Monats-Versammlung findet Mittwoch den 9. Dezember statt. Jeden Freitag Unterrichtsstunden im Lokal G. Habe, Marienstr. 1.

Gelsenkirchen (Ortsverwaltung). Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, öffentliche Versammlung vom Kartell. Tagessordnung: Personalklassen mit besonderer Berücksichtigung der Personalfasse Grillo Funke. Referent: Ortsleiter-Ehren.

Gelsenkirchen-Bulmke. Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr bei Weichede.

Gelsenkirchen-Güsten. Samstag, den 5. Dezember abends 8 Uhr bei Nachbarschule.

Gelsenkirchen-Meußt. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr bei Vagius.

Hann. West. (Ortsverwaltung). Sonntag, den 6. Dezember nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Es wird ein Referat gehalten über die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Politik und im öffentlichen Leben.

Hann.-Hecken. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Klett.

Hamborn. (Kleingewerbe). Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Langhoff. Unorganisierte mitbringen.

Kalk. Sonntag, den 6. Dez., morgens 10½ Uhr bei Schröder-Langelsheim. Sonntag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr Versammlung bei Winkelmann. Besprechung wichtiger Angelegenheiten.

Mühlhausen (Thüringen). Jeden ersten Sonnabend im Monat abends 8½ Uhr Versammlung im Kronprinzen.

Oelde-West. Dienstag, den 8. Dez., abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal des Herrn Mühlensack. Referenten: Centralvorsitzender Wieber-Duisburg und Bezirksleiter Weinbrenner-Hann.

Schwelm. Sonntag, den 18. Dezember, abends 6½ Uhr Mitglieder-Versammlung, wozu auch die Frauen eingeladen sind. Referent: Kollege Weinbrenner aus Hann. Dema: Was lebt und das Unglück auf Recke Radbb. Sämtliche Ortsgruppen des Ortskartells sind eingeladen.

Sulzbach. Freitag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr Unterrichtsstunde in Rosenberg bei Schuglmann. — Am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr Versammlung im gleichen Lokal.

Unterkottern. Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal "Dirig".

Startellbeamter gesucht.

Vom christlichen Gewerkschaftskartell Düsseldorf soll gemeinsam mit der dortigen Konsum-Genossenschaft "Selbsthilfe" ein Beamter angestellt werden. Bewerber müssen mindestens seit 3 Jahren einer christlichen Gewerkschaft angehören und den Nachweis erbringen, daß sie in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit Erfolg praktisch tätig gewesen und ebenfalls mit dem Gewerkschaftswochenblatt vertraut sind.

Die Anstellungsbedingungen sind die im Gesamtverbandeublichen. Bewerbungsschreiben sind umgehend zu richten an Fritz Fries, Düsseldorf, Frankfurterstr. 54.